

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4 **Standpunkt**
Die nächste Hitzewelle
kommt bestimmt:
Wir müssen handeln!
- 6 **Forschung & Publikationen**
Fußverkehrsstrategie: Mehr
Platz für den Fußverkehr
- 16 **Neue Projekte**
Smart City und
Stadtentwicklung
- 30 **Veranstaltungen**
Kinder- und Jugendhilfe:
Beteiligung von Kindern

Editorial

Standpunkt

- 4 Die nächste Hitzewelle kommt
bestimm: Wir müssen handeln!

Forschung & Publikationen

- 6 Durch neue Fußverkehrsstrategie soll
der Fußverkehr mehr Platz bekommen
- 7 Den öffentlichen Raum gerechter
verteilen: Fakten zum Thema Parken
- 8 Umfrage zu kommunalen
Verkehrsentwicklungsplänen
- 9 Bedeutung urbaner Standorte
für Gewerbeflächen nimmt zu
- 10 Baukulturbericht: Das vielfältige Erbe
bewahren und kreativ fortentwickeln
- 11 Difu-Jahrbuch gibt Einblicke,
Rückblicke und Ausblicke
- 12 Regionale Wertschöpfung soll
Energiewende treiben
- 13 Klimaschutz & Gebäudesanierung:
Beispiele und Tools für Kommunen

Neue Projekte

- 15 Zusammenhalt und Teilhabe
- 15 Demographie visualisiert
- 16 Smart City und Stadtentwicklung
- 16 Urbane Umweltziele
- 21 Lokale Wirtschaft stärken
- 21 Sicher zu Fuß und mit dem Rad

Veranstaltungen

- 23 Veranstaltungsvorschau
- 25 Neues aus der Fahrradakademie –
Veranstaltungen im neuen Jahr
- 26 Mobilitätskonzepte: Technischer Hype
versus Praxistauglichkeit
- 27 Neue freie Fahrradverleihsysteme
in Städten – Chance oder Risiko?
- 28 Kommunale Wärmeplanung –
Gestaltung der Energiewende vor Ort
- 30 Beteiligung von Kindern an
Hilfeplanverfahren

Nachrichten & Service

- 17 Veröffentlichungen
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Informationsangebote/Impressum
- 22 Was ist eigentlich ...
SUMP oder VEP?
- 31 Zehn Jahre Kommunalrichtlinie –
lokal handeln, global Klima verbessern
- 32 Difu intern
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Difu-Inter-/Extranet
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Tina Merkau



Fotos: David Auserhofer

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Die nächste Hitzewelle kommt bestimmt: Wir müssen handeln!“, lautet der Titel des aktuellen Standpunkts. Auch wenn wir uns an den kalten Tagen in nächster Zeit manchmal vermutlich „den schönen Sommer“ zurück wünschen – so werden uns spätestens die ersten heißen Tage im nächsten Jahr an unsere To-do-Liste in Sachen Klimaanpassung erinnern. Die Kommunen – und nicht nur sie! – sind hier in vielen Handlungsfeldern gefordert. Wie beispielsweise Gebäudesanierung den Klimaschutz fördern kann, zeigt ein neues Themenheft anhand vieler Beispiele.

Bereits seit 2013 steigen die verkehrsbedingten Treibhausgas-Emissionen wieder an. 2016 verursachte der Verkehr rund 40 Prozent der Emissionen von Stickstoffoxiden in die Luft. Hauptverursacher ist der motorisierte Straßenverkehr. Das Handlungsfeld Mobilität beherrscht zwar seit längerer Zeit die Schlagzeilen – leider jedoch nicht durch innovative umweltfreundliche Konzepte der Automobilhersteller, sondern durch deren Einsatz von Betrugssoftware in Diesel-PKW. Welche Maßnahmen erfolgreich zu nachhaltiger Mobilität beitragen können, zeigen gleich mehrere Beiträge in dieser Ausgabe mit Fokus auf verschiedene Verkehrsformen und -konzepte.

Die neue Ausgabe des Berichte-Magazins enthält viele Beiträge zu weiteren kommunalrelevanten Handlungsfeldern. Stichwörter sind hier u.a. der Baukulturbericht 2018/19, Gewerbeflächen, kommunale Wärmeplanung, Smart City, Teilhabe sowie Kinder- und Jugendhilfe. Last, but not least stellen wir auch das neue Difu-Jahrbuch vor, das detaillierte Einblicke in unsere Aktivitäten der letzten Zeit erlaubt.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre und grüßen herzlich

Prof. Dr. Carsten Kühl
Wissenschaftlicher Direktor,
Geschäftsführer

Dr. Busso Grabow
Geschäftsführer

Die nächste Hitzewelle kommt bestimmt: Wir müssen handeln!

Eine zukunftsorientierte Klima- und Hitzevorsorge verbessert für die Menschen die Lebensqualität, aber auch die Attraktivität ihrer Kommunen. Zugleich ist sie ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Stadt- und Quartiersentwicklung.

Die mehrwöchige Hitze- und Trockenheitsperiode im Sommer 2018 stellte Städte und Gemeinden in Deutschland vor besondere Herausforderungen: Temperaturen von fast 40° C, wochenlange Trockenheit, Innenstädte, die auch nachts nicht abkühlten, Bäume und Grünflächen, die von Feuerwehr und Polizei mit Wasserwerfern oder auch von engagierten Bürgern gewässert wurden.

Noch nicht ausgewertet sind die Folgen der gesundheitlichen Belastungen für Ältere, chronisch Kranke, Kinder und Bewohner von Stadtteilen mit geringer Umweltqualität und sanierungsbedürftigen Gebäuden. Auch die Schäden für Ökosysteme, Biodiversität und gebaute Infrastruktur oder Auswirkungen der Hitzewelle auf die Gesundheit und Produktivität der arbeitenden Bevölkerung werden bisher nicht systematisch erfasst. Es ist aber zu erwarten, dass die Hitzewelle zu steigenden Fallzahlen bei Schwächeanfällen, Dehydrierungen und Hitzeschlägen sowie zu einem deutlichen Anstieg der Sterblichkeitsrate geführt hat.

Den bereits erfolgten Anstieg der Jahresdurchschnittstemperaturen seit Beginn der offiziellen Wetteraufzeichnungen veranschaulicht eindrucksvoll die Grafik Warming Stripes von Ed Hawkins auf www.klimafakten.de. Die aktuellen Klimaprojektionen des Weltklimarats (IPCC), der Strategischen Behördenallianz zur Klimaanpassung, des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und anderer Klimaexperten in Deutschland lassen keinen Zweifel daran, dass solche Hitzewellen künftig häufiger auftreten und dringender Handlungsbedarf nicht zuletzt für Städte und Gemeinden besteht: Bis zum Ende des Jahrhunderts dürfte sich die Anzahl der Hitzetage (mit mehr als 30°C) verdreifachen. Hitzeereignisse, die heute nur alle 25 Jahre vorkommen, könnten dann alle ein bis drei Jahre auftreten. Folglich ist auch mit einer Zunahme von Gesundheitsbeeinträchtigungen zu rechnen, bis hin zur Lebensgefahr.

Der Hitzesommer 2018 hat damit fühl- und erfahrbar gemacht, welche temperaturbezogenen klimatischen Herausforderungen in Zukunft auf Kommunen, Bevölkerung, Umwelt, Wirtschaft und Infrastruktur in Deutschland und Europa zukommen. Eine Online-Befragung des Difu zur Klimaanpassung im Februar 2018 hatte noch gezeigt,

dass die Mehrheit der Kommunen Hitze und Trockenheit nicht als relevante Klimafolge ansehen. Während der Hitzewelle im Sommer sah die Sache anders aus: Die Vielzahl der Medienberichte und die von Kommunen, Fachbehörden sowie Landes- und Bundesministerien kurzfristig umgesetzten Gegenmaßnahmen, Aufrufe und Warnhinweise verdeutlichten die Notwendigkeit für eine fachlich integrierte und konsequent umgesetzte Hitzevorsorge in Kommunen.

Wirksame Strategien und Maßnahmen zur Hitzevorsorge sind – genauso wie solche zur Überflutungs- oder Starkwindvorsorge – integrale Bestandteile einer kommunalen Klimavorsorge, also einer vorausschauenden Klimaanpassung in Kommunen. Der professionelle Umgang mit Hitze und Trockenheit in Verwaltungen und Stadtgesellschaft sollte dabei immer das Stadtklima, mögliche Extremwetterereignisse und die zukünftigen klimatischen Veränderungen im Auge haben. Die kommunale Hitze- und Trockenheitsvorsorge ist eine Querschnittsaufgabe, die abgestimmte Strategien und Maßnahmen in verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern erfordert:

- **Gesundheit:** Für Menschen(gruppen) mit hitzebezogenen Gesundheitsrisiken muss kommunale Gesundheitsförderung medizinische Vorsorgemaßnahmen organisieren und potenziell Betroffene regelmäßig darüber informieren und beraten. Um dies umzusetzen, sollten Gesundheitsämter relevante Akteure im Gesundheits-, Sozial- und Pflegebereich von Beginn an einbinden. Das Konzept der kommunalen Hitzeaktionspläne bietet hierzu eine gute Struktur.
- **Bauen/Gebäude:** Die übermäßige Aufheizung von Gebäuden, insbesondere des Innenraumklimas in Wohnräumen, sollte möglichst vermieden werden. Dazu bedarf es wärmeisolierter Dachflächen und Fenster, der Verschattung von Fassaden durch Bäume oder Begrünung und einer rückstrahlenden Materialwahl und -farbe für exponierte Dach- oder Fassadenoberflächen. Eingebaute Niederschlagswasserspeicher können hierbei die Bewässerung des Gebäudegrüns sichern. Architekten und Stadtplaner sind gemeinsam gefordert, klimagerecht zu planen und Eigentümer und Nutzende entsprechend zu informieren.



Foto: Tomy Badurina



Dipl.-Ing.
Jens Hasse
+49 22 134030-825
hasse@difu.de



Die Grafik visualisiert die Durchschnittstemperatur für Deutschland zwischen 1881 und 2017; jeder Streifen steht für ein Jahr, Basis ist der Datensatz des DWD.

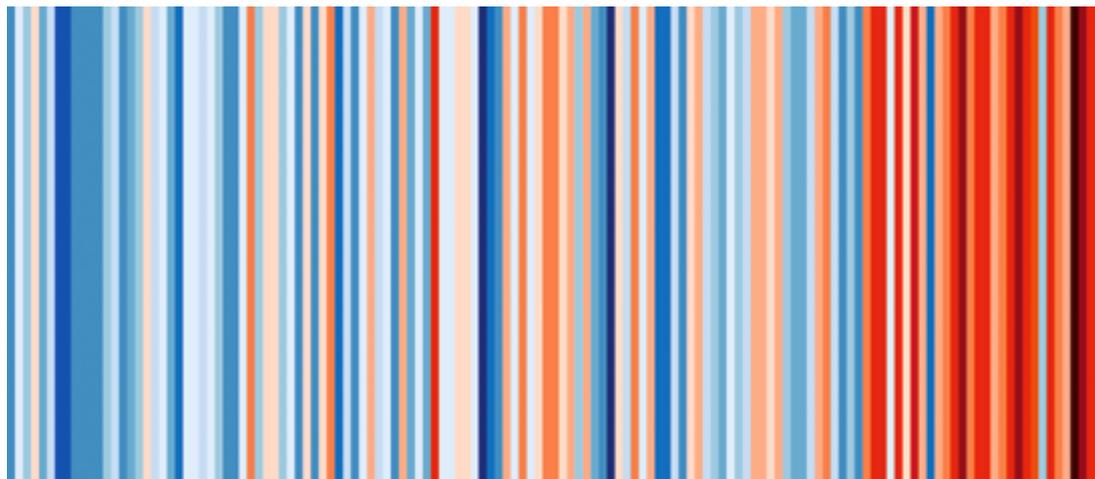


Abbildung: Ed Hawkins/www.klimafakten.de

- Stadt- und Freiraumplanung: Über klassische stadtklimatische Maßnahmen wie die Sicherung von Grünzügen, die Freihaltung von Kaltluftschneisen und die Durchlüftung von dicht bebauten Stadtteilen und Quartieren hinaus müssen kommunale Bauleit- und Freiraumplanung künftig Raum für mehr und klimatisch wirksamere Bäume und Stadtbegrünung sowie für Bewässerungs- und Verdunstungseinrichtungen (inkl. Speichern) einplanen. Zu einer klimagerechten Stadtplanung gehört auch, durch Ausrichtungen und Höhen von Gebäuden zur Verschattung öffentlicher Räume beizutragen und rückstrahlende Materialien für Verkehrsflächen festzusetzen.
- Grünflächen, Stadtökologie: Hier muss insbesondere für mehr und wirksamere ‚grüne‘ und ‚blaue‘ Stadtstrukturen gesorgt werden: für mehr Bäume und Stadtgrün auf Straßen, Plätzen und privaten Flächen, für die Auswahl von urbanem Grün mit ausreichenden Verschattungs- und Verdunstungsleistungen und ausreichende Bewässerung dafür, für urbane Gewässer und die konsequente Wiederverwendung von Niederschlagswasser vor Ort. Das Konzept der ‚Doppelten Innenentwicklung‘ bietet Städten und Gemeinden hierfür vielfältige Chancen und Potenziale.
- Strategien, Politik und Verwaltungsorganisation: Politik und Verwaltung müssen klimabezogene Stadtentwicklungsziele in ihre kommunalen Strategien für Innenentwicklung, Urbanes Grün, Gesundheit, Verkehr oder Umweltqualität aufnehmen. In jeder Kommune sollten dazu aussagekräftige Klimafolgen- und Betroffenheitsanalysen vorliegen. Außerdem ist der Klimawandel künftig als gleichberechtigter Belang in allen kommunalen Planungs- und Entwicklungsprozessen zu berücksichtigen. Ergänzend dazu sollten Strukturen und Abläufe an die Notwendigkeiten einer integrierten Planung angepasst werden.

Fazit: Die Klima- und Hitzevorsorge ist zu einem wichtigen Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge geworden. Sie trägt in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung bei, indem sie sich mit langem Atem den wesentlichen Entwicklungsaufgaben der Zukunft zuwendet. Kommunalpolitik und Verwaltung müssen dafür Sorge tragen, dass die neuen Aufgaben schrittweise in den kommunalen Haushalten berücksichtigt werden. Bund und Länder sind aufgefordert, die erforderlichen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen dahingehend anzupassen.

Der Hitzesommer 2018 hat deutlich gemacht, dass Kommunen ihre Prioritäten mit Blick auf Klima- und Hitzevorsorge anpassen müssen. Umfangreiches Wissen zu Strategien und Maßnahmen der Klimavorsorge wurde in den letzten Jahren erarbeitet – es muss nun von Bund, Ländern und Kommunen angewendet werden. Viele Kommunen in Deutschland sind bereits in der Klima- und Hitzevorsorge sehr aktiv. Es gilt, die Chancen zu erkennen, Gelegenheiten zu nutzen, um frühzeitig auf den Wandel eingestellt zu sein. Weitere Kommunen sollten folgen, um die eigene Kommune klimagerecht, robust und nachhaltig zu entwickeln und auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Dies ist sicherlich auch die Erwartung der den Kommunen lebenden Menschen.

zum Weiterlesen

Wirkungsanalyse der DAS für die Kommunen, Befragung von Kommunen im Auftrag des Umweltbundesamtes

➔ www.difu.de/11636

Difu-Themenhefte Klimaschutz & Gesundheit Klimaschutz & Klimaanpassung

➔ www.difu.de/11998

➔ www.difu.de/9802

Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz menschlicher Gesundheit

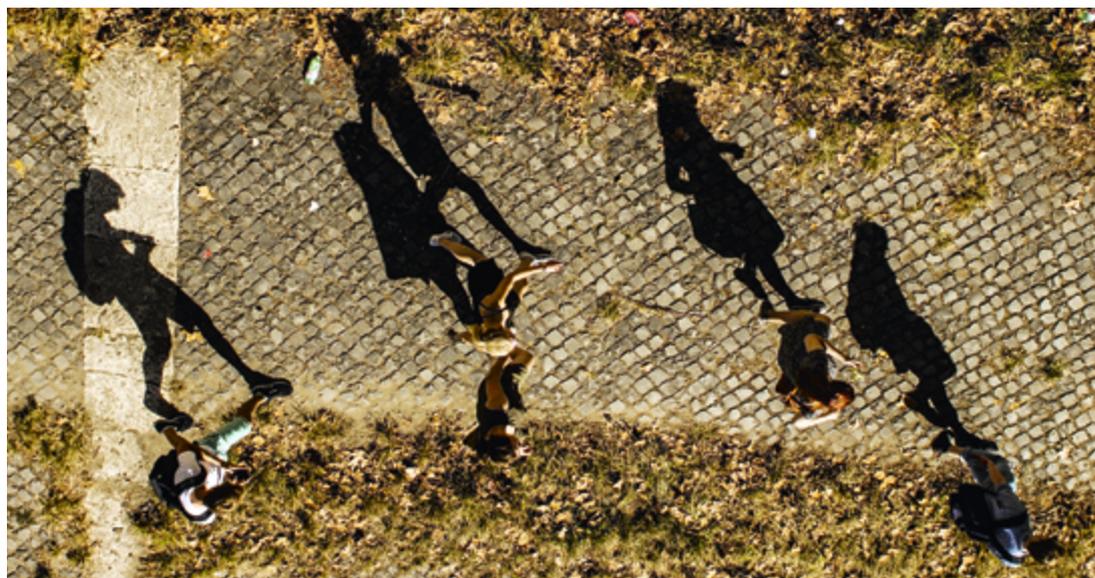
➔ www.bit.ly/2CKfQeH

Doppelte Innenentwicklung – Perspektiven für das urbane Grün, Empfehlungen für Kommunen (2017), Bundesamt für Naturschutz

➔ www.bit.ly/2zyLn0M

Durch neue Fußverkehrsstrategie soll der Fußverkehr mehr Platz bekommen

Beim 2. Deutschen Fußverkehrskongress wurden die vom Difu im Auftrag des Umweltbundesamtes erarbeiteten „Grundzüge einer nationalen Fußverkehrsstrategie“ veröffentlicht. Sie sehen weitreichende Verbesserungen für den Fußverkehr vor.



Die Stärkung der aktiven Mobilität ist wichtig für eine erfolgreiche Verkehrswende und für attraktive, lebendige Städte. Während der Radverkehr mittlerweile im Fokus der Bundespolitik steht, fristet der Fußverkehr in Deutschland noch immer ein Nischendasein. In der Verkehrspolitik wird er kaum beachtet, da die in Kilometer gemessene Verkehrsleistung gering ist. Doch die Bedeutung des Fußverkehrs wird unterschätzt: In deutschen Städten wird durchschnittlich jeder dritte Weg zu Fuß zurückgelegt – dieser Anteil variiert je nach Stadt zwischen 25 und 45 Prozent. Ob auf dem Weg zum Parkplatz oder zur Haltestelle, viele Wege werden zu Fuß bewältigt. Hier wäre deutlich mehr möglich, denn viele Pkw-Fahrten ließen sich durch Fußwege oder Radfahrten ersetzen. Fast 50 Prozent aller mit dem Pkw zurückgelegten Wege sind unter fünf Kilometer lang und jede zehnte Pkw-Fahrt ist sogar kürzer als ein Kilometer.

Einige Bundesländer setzen sich bereits für eine aktive Fußverkehrsförderung ein. Sie unterstützen Kommunen, die gezielt Fußverkehrs-Checks oder Nahmobilitätskonzepte erarbeiten (Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen), ein Mobilitätsgesetz verabschieden (Berlin) oder sie stellen den Kommunen gezielt Finanzmittel für die Fußverkehrsinfrastruktur zur Verfügung (Baden-Württemberg). Auch viele Kommunen widmen dem Fußverkehr inzwischen mehr Aufmerksamkeit.

Für die Umsetzung von fußverkehrsfreundlichen Maßnahmen benötigen Städte und Gemeinden jedoch u.a. mehr Gestaltungsspielraum im Straßenverkehrsrecht und in der Straßenverkehrsordnung – sowie insgesamt mehr Rückendeckung. Im Auftrag des Umweltbundesamtes erarbeitete das Difu in einem intensiven Dialogprozess gemeinsam mit weiteren Fachleuten Grundzüge einer bundesweiten Fußverkehrsstrategie. In der nun zur Diskussion gestellten Publikation „Geht doch!“ wurden für die fünf nachfolgend genannten zentralen Handlungsfelder Empfehlungen für konkrete Maßnahmen zur Förderung des Fußverkehrs gegeben:

- Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen Kommunen bei ihrem Bestreben, den Fußverkehr zu stärken, unterstützen.
- Verbindliche Qualitätsstandards sollen dabei helfen, Fußverkehrsinfrastruktur, insbesondere Gehwege und Querungen sicherer, barrierefrei und bequemer zu machen.
- Fußverkehr ist finanziell und personell mit entsprechenden Ressourcen auszustatten.
- Vom Radverkehr sollte gelernt werden. Koordinierende Aktivitäten helfen, den Fußverkehr „in die Köpfe“ zu bringen.
- Fußverkehr soll eigenständig gedacht und thematisiert werden, aber integriert und ressortübergreifend behandelt.



www.difu.de/12208



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Den öffentlichen Raum gerechter verteilen: Fakten zum Thema Parken

Im Auftrag der AGORA-Verkehrswende hat das Difu gemeinsam mit der Agentur tippingpoints Fakten und Argumente zur Einführung eines Parkraummanagements zusammengestellt.

In vielen Städten ist das Parken eines der brennendsten Themen der kommunalen Verkehrspolitik. Zugeparkte Gehwege, nerviger Parksuchverkehr, fehlende Flächen für neue Radwege und immer mehr Falschparker, die die Sicherheit – besonders von Kindern und älteren Menschen – gefährden, sind ein bekanntes Ärgernis. Obwohl ein rationalerer Umgang mit dem begrenzten Angebot an Kfz-Stellplätzen dringend geboten ist, stößt die Reduktion oder Bewirtschaftung von Stellplätzen in vielen Städten regelmäßig auf heftigen Widerstand.

Maßnahmen in Frage, von der Einführung von Parkgebühren über die Umwidmung von Parkräumen zu Grünflächen bis hin zu Park & Ride-Angeboten an der Peripherie der Städte. Zahlreiche Beispiele aus so unterschiedlichen Städten wie Zürich, Paris, München oder Freiburg zeigen die Vorteile dieses Instruments. Es macht Städte grüner, sorgt für weniger Parksuchverkehr, bessere Luft und höhere Sicherheit. Der Einzelhandel profitiert, denn Kunden finden wieder Parkplätze, Fußgänger können ungehindert flanieren, Fahrradfahrende bequem vor dem Geschäft das Fahrrad abstellen.

Bagatelldelikt Falschparken

Trotz des hohen Sicherheitsrisikos kostet gefährdendes Falschparken auf Geh- und Radwegen in Deutschland nur 30 Euro, andere Länder bestrafen es härter.



Die fundierte Faktensammlung beseitigt Wissensdefizite, räumt mit dem Mythos auf, dass Parkgebühren „reine Abzocke“ seien und macht anschaulich deutlich, wie sorglos wir in den Städten mit dem knappem öffentlichen Raum umgehen. So kostet beispielsweise ein Bewohnerparkausweis in Deutschland maximal 30 Euro, in Stockholm aber 827 Euro jährlich. Zudem sind in vielen deutschen Städten die Parkgebühren das letzte Mal vor rund 15 Jahren erhöht worden. Die Ticketpreise der öffentlichen Verkehrsmittel hingegen steigen nahezu jährlich. Fakt ist auch, das Auto ist ein Platzfresser. Aktuell wird ein Auto durchschnittlich eine Stunde pro Tag bewegt und braucht mindestens zwei Stellplätze: an der Wohnung und an verschiedenen Zielorten wie dem Arbeitsplatz oder dem Einkaufszentrum. Manche Fahrzeuge stehen sogar wochenlang ungenutzt auf ihren Parkplätzen.

Nachhaltiges Parkraummanagement hat zum Ziel, die Nachfrage nach Stellplätzen zu lenken und so die Parkauslastung optimal auf alle Verkehrsteilnehmer abzustimmen. Hierfür kommen diverse

Parken besitzt Sonderstellung

Straßenraum wird von der öffentlichen Hand zu unterschiedlichen Preisen angeboten, die nicht den Wert für das Gemeinwohl berücksichtigen. Ein Bewohnerparkausweis kostet beispielsweise in München 30 Euro pro Jahr (8 Cent pro Tag). Andere Nutzungen sind deutlich teurer. So kostet ein Stand von der Größe eines Parkplatzes auf dem Wochenmarkt 18 Euro pro Tag und eine vergleichbare Freischrankfläche vor einer Gaststätte 1,50 Euro.



Parkraummanagement ist darüber hinaus eine Stellschraube für die Verkehrswende. Denn das Auto wird erwiesenermaßen seltener als Verkehrsmittel genutzt, wenn am Ziel kein Parkplatz zur Verfügung steht.

Städte haben es selbst in der Hand, die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen und den Verkehr sinnvoll zu lenken. Die Faktensammlung hat das Ziel Kommunen zu ermutigen, das Thema Parken aktiv anzupacken und Verbündete zu suchen. Ein praxisnaher Handlungsleitfaden wird zurzeit erarbeitet und erscheint zu Beginn des nächsten Jahres.



Agora Verkehrswende
(2018): Umparken – den öffentlichen Raum gerechter verteilen, Zahlen und Fakten zum Parkraummanagement.
www.bit.ly/2zn4Wqu



www.difu.de/12248



Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Umfrage zu kommunalen Verkehrsentwicklungsplänen

Das Difu führte in deutschen Kommunen eine Umfrage über den Umgang mit Verkehrsentwicklungsplänen (VEPs) durch. Aufbauend auf den Befragungsergebnissen soll im Rahmen des EU-Projekts PROSPERITY die Verbreitung von VEPs gefördert werden.

Von 71 Kommunen, die sich an einer Difu-Umfrage zum Umgang mit VEPs beteiligten, haben etwa zwei Drittel selbst einen VEP erarbeitet. Von diesen arbeiten die meisten zurzeit an der Umsetzung des Konzepts. Als wichtige Maßnahmen wurden Themen zum Radverkehr, gefolgt von ÖPNV und der Problemanalyse der Verkehrssituation aufgeführt. Maßnahmen zum Fuß- und Wirtschaftsverkehr wurden ebenso wie Monitoring und Evaluation nur von wenigen Kommunen als wichtiger Bestandteil des VEP angesehen. Als besonders erfolgreich wurde oft die Integration von Maßnahmen zum Radverkehr genannt. Bei diesen, aber auch bei Maßnahmen zum Fußverkehr und ÖPNV, wurde der Motorisierte Individualverkehr (MIV) häufig als Hemmnis aufgezeigt, da Themen hierzu kontrovers diskutiert wurden und es schwierig ist, Restriktionen für den PKW-Verkehr durchzusetzen. Themen zu E-Mobilität, Carsharing und Verkehrssicherheit, Themen zu Luftreinhaltung und Lärm sowie zur Stadtgestaltung (Innenstadt, Straßenraum) waren weitere Gebiete, die als wichtig erachtet wurden.

Das Definieren von Leitbildern galt als erfolgreicher Baustein, da Leitbilder von Anfang an eine Zielrichtung des Konzepts vorgeben. Dennoch wurden auch hier Hemmnisse genannt, da es bei der Diskussion von Leitbildern zu Konflikten (unterschiedlichen Zielvorstellungen) gekommen ist.

Beteiligungskonzepte wurden sowohl als erfolgreiche Bausteine, als auch als Hemmnisse genannt. Erfolgreich bei den Beteiligungsverfahren waren begleitende Arbeitskreise und Fachausschüsse. Aber auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit wurde häufig als erfolgreich eingestuft.

VEPs sind meist in eine übergeordnete Planung integriert – hierzu zählen hauptsächlich Flächennutzungspläne, Stadtentwicklungsplanung sowie Regionalplanung. Die meisten VEPs werden auch in andere sektorale Planungen wie in Klimaschutz-Lärmaktions- und Luftreinhaltungspläne sowie Nahverkehrspläne integriert.

Zwei Hauptaspekte konnten als Herausforderung bei der Erstellung eines VEP identifiziert werden: Zum einen die lange Dauer von sowohl Planungs- als auch Beteiligungsprozessen.

Verkehrsentwicklung ist ein langfristiger Prozess der unter Umständen auch mehrere Legislaturperioden überstehen muss. Der zweite Aspekt ist die schwierige finanzielle und personelle Lage, in der sich viele Kommunen befinden. Verkehrskonzepte sind überwiegend bis 2025 oder 2030 bei einer Laufzeit von 10 bis 15 Jahren gültig. Das Budget hierfür beträgt je nach Größe der Kommune zwischen 25.000 und 250.000 Euro.



Die meisten Kommunen waren mit dem Ergebnis ihres VEPs zufrieden. Sie würden sich künftig jedoch stärkere externe Unterstützung sowie finanzielle und inhaltliche Unterstützung von Bund oder Land wünschen. Auch das Beteiligungskonzept sollte optimiert und Bürger stärker und aktiver eingebunden werden – die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wurde ausdrücklich als künftige Anpassung genannt. Neben finanzieller sowie inhaltlicher Unterstützung von Bund und Land wurde auch mehr Verbindlichkeit gefordert. Bessere gesetzliche Rahmenbedingungen zur Erstellung eines VEP in Verbindung mit finanziellen Zuschüssen wären wichtig, um Maßnahmen für eine nachhaltige Mobilität umsetzen zu können. Die Veröffentlichung „Ergebnisse der kommunalen Umfrage zum Thema Verkehrsentwicklungsplan (VEP)“ erscheint voraussichtlich noch in diesem Jahr.



www.difu.de/10772



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de

Bedeutung urbaner Standorte für Gewerbeflächen nimmt zu

Die Ergebnisse einer Vorstudie zur Aktualisierung des Stadtentwicklungsplans StEP Industrie und Gewerbe Berlin sind auch auf andere wachsende Städte übertragbar. Das Difu erstellte gemeinsam mit weiteren Partnern ein Konzept für den Berliner Senat.

Wachsende Großstädte stehen vor spezifischen Herausforderungen bei der Planung, Entwicklung und Sicherung von Industrie- und Gewerbeflächen: Im Zuge des technologischen und strukturellen Wandels verändern sich die Standortanforderungen. Die Bedeutung weicher und personenbezogener Standortfaktoren nimmt weiter zu. Insgesamt sind die räumlichen Implikationen ökonomischer Entwicklungstrends wie Industrie 4.0 vielfach noch nicht absehbar. Deutlich wird jedoch, dass die wachsende Flächennachfrage produzierender Betriebe sich auch auf innerstädtische Flächen ausweitet, wo sie auf starke Nutzungskonkurrenzen stößt und Teil von Verdrängungsprozessen wird. Politik und Verwaltung – hier insbesondere Stadtplanung und Wirtschaftsförderung – stehen vor mehreren Herausforderungen: speziell für Gewerbeflächen in integrierten Lagen Argumente zur Flächensicherung zu finden, die Flächennachfrage von Unternehmen mit dem Anspruch einer nachhaltigen und effizienten Flächennutzung in Einklang zu bringen und geeignete Handlungsansätze zu entwickeln, die aktuellen Entwicklungstrends entsprechen. Wie viele wachsende Großstädte hat auch Berlin vor diesem Hintergrund seine Industrie- und Gewerbeflächenplanung auf den Prüfstand gestellt und erarbeitet derzeit eine Aktualisierung des Stadtentwicklungsplans StEP Industrie und Gewerbe.

Das Difu hat in Kooperation mit dem Institut für Systemisches Management und Public Governance der Universität St.Gallen und dem Büro Spath & Nagel im Rahmen einer Vorstudie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin ein Konzept zur Fortschreibung des StEP Industrie und Gewerbe erarbeitet. Grundlage dafür war eine Analyse vorherrschender Trends der Stadtentwicklung und ökonomischer Entwicklungstrends mit ihren räumlichen Implikationen sowie eine vergleichende Analyse von Wirtschaftsflächenkonzepten aus insgesamt zehn Großstädten. Die Ergebnisse wurden in Gesprächen mit kommunalen Fachleuten weiter vertieft und verifiziert. Der darauf aufbauende Konzeptentwurf für den StEP Berlin wurde im Rahmen von mehreren Workshops der Fachöffentlichkeit (u.a. IHK, Fachressorts der Senatsverwaltung und der Bezirke) vorgestellt, diskutiert und gemeinsam weiterentwickelt.



In einer neuen Difu-Publikation wurden die Vorstudien-Ergebnisse so aufbereitet, dass sie auch für wachsende Großstädte Allgemeingültigkeit haben. Einleitend wurden die ökonomischen und technologischen Trends – wie etwa die Digitalisierung und zunehmende Wissensorientierung der Wirtschaft – und deren stadträumliche Auswirkungen und Konsequenzen für die Gewerbeflächenpolitik und -planung skizziert. Ergänzend dazu wird vergleichend aufgezeigt, wie sich die „Landschaft“ großstädtischer Wirtschaftsflächenkonzepte aktuell darstellt. Am Beispiel des Konzepts für die Aktualisierung des StEP Industrie und Gewerbe Berlin werden schließlich mögliche neue Ausrichtungen und die Umsetzungen spezifischer Themenfelder in Wirtschaftsflächenkonzepten veranschaulicht.

Ein zentrales Ergebnis ist, dass sich die Gewerbeflächennachfrage ausdifferenziert und urbane Standorte zunehmend Bedeutung erfahren. Um diese Nachfrage und die zunehmende Verflechtung mit Dienstleistungsunternehmen abbilden zu können, verfolgen viele neue Konzepte einen ganzheitlicheren Blick auf Wirtschaftsflächen, d.h., sie schließen Büroflächen und gemischtgenutzte Gebiete in die Entwicklungsplanung ein. Für die Flächensicherung ist neben planungsrechtlichen Instrumenten vor allen die Beteiligung und Kooperation mit den Stakeholdern zunehmend relevant.



www.difu.de/12224
www.difu.de/publikationen
 Erscheint in Kürze



Dipl.-Ing.
 Sandra Wagner-Endres
 +49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
 +49 30 39001-297
wolf@difu.de

Baukulturbericht: Das vielfältige Erbe bewahren und kreativ fortentwickeln

Im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur erarbeitete das Difu den „Baukulturbericht 2018/19 – Erbe – Bestand – Zukunft“. Im Fokus steht der Gebäudebestand und damit die Frage, wie Qualitäten bewahrt und weiterentwickelt werden können.



Foto: Daniela Michalski



Fachwerkhaus in Erfurt.

Die Städte von morgen existieren größtenteils bereits heute. Die aktuellen Neubautätigkeiten werden bis zum Jahr 2030 nur rund neun Prozent am Gesamtgefüge der Stadt ausmachen. Von daher gilt es, in Zeiten des Baubooms die Qualitäten des Vorhandenen nicht aus dem Blick zu verlieren. Doch wie qualitativ ist eigentlich das bereits Bestehende? Erfüllt der Siedlungsbestand überhaupt die vielfältigen baukulturellen Qualitätsmerkmale? Im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur ist das Difu diesen und weiteren Fragen nachgegangen. Anfang November 2018 veröffentlichte die Bundesstiftung Baukultur die Ergebnisse als „Baukulturbericht 2018/19 Erbe – Bestand – Zukunft“. In der Publikation kommen unterschiedliche Blickwinkel zum Tragen: Die Bedeutung des historischen Erbes für die Identität einer Stadt wird ebenso beleuchtet wie die in Anspruch genommenen Ressourcen oder die Qualität der verbauten Materialien.

In den Kapiteln „Bestand und Erbe“, „Baukulturelle Herausforderungen in Deutschland“ und „Gesellschaftliche Wahrnehmung“ werden zunächst die Merkmale der unterschiedlichen Bauepochen, ihr jeweiliger gesellschaftlicher Stellenwert und die damit verbundenen Herausforderungen untersucht. Die vertiefenden Themenschwerpunkte „Gemischte Quartiere weiterbauen“, „Umbaukultur etablieren“ und „Erfolgreiche Prozesse gestalten“ fokussieren unterschiedliche Modelle, Strategien und Herausforderungen, die mit einer

Weiternutzung des Gebäudebestandes verbunden sind.

Erkenntnisse zum aktuellen Themenfeld wurden wie bei den beiden Vorgängerberichten mit Hilfe unterschiedlicher Methoden gewonnen. Das Difu hat eine Kommunalbefragung durchgeführt, an der sich bundesweit mehrere hundert Kommunen beteiligten. Ergänzt wurden die Umfrageergebnisse durch eine forsa-Bevölkerungsbefragung. Mehrere Gutachter haben zudem im Auftrag der Bundesstiftung Baukultur ihre spezifische Sicht auf das Thema in einem Gutachten zusammengefasst und dieses dem Difu für die Bearbeitung der Textinhalte zur Verfügung gestellt. Anhand zahlreicher Beispiele, welche die Bundesstiftung als „Gute Beispiele“ aufbereitet hat, wird darüber hinaus verdeutlicht, wie eine kreative Weiter- oder Umnutzung des Gebäudebestandes in den Städten und Gemeinden aussehen kann, damit das bereits Vorhandene die gebaute Umwelt auch in Zukunft bereichert.

Erneut werden die zentralen Ergebnisse im Bericht in Kernbotschaften zusammengefasst und als Handlungsempfehlungen konkretisiert. Sie richten sich an alle Akteure, die an der Wertschöpfungskette Bau beteiligt sind. Den Handlungsempfehlungen liegt dabei eine Kernbotschaft zu Grunde: Die Städte und Gemeinden in Deutschland verfügen über ein vielfältiges bauliches Erbe, das überwiegend bewahrt und kreativ weitergenutzt werden sollte.



www.difu.de/11370
www.bit.ly/2QxbhGZ



Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Difu-Jahrbuch gibt Einblicke, Rückblicke und Ausblicke

Das Difu-Jahrbuch löst den früheren Difu-Jahresbericht ab. Neu sind nicht nur Erscheinungsbild und Turnus. Einblicke in die Difu-Aktivitäten statt einer Gesamtschau, stärker akzentuierte Themen und mehr digitale Inhalte kennzeichnen das neue Konzept.

Das neue Difu-Jahrbuch unterscheidet sich deutlich vom alten Jahresbericht: Ins Auge sticht als Erstes das „frische“ Layout. Es orientiert sich am neuen 2016/17 entwickelten Corporate Design des Difu. Eine weitere offensichtliche Neuerung: der „Betrachtungszeitraum“ von nunmehr regulär zwei Jahren. In dieser ersten Ausgabe sind es sogar etwas mehr: Die Broschüre erschien fast zeitgleich mit dem Wechsel an der Institutsspitze, markiert damit quasi auch das Ende der Ära von Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden am Difu und den Beginn der Institutsleitung durch Prof. Dr. Carsten Kühl. Das (Doppel-)Jahrbuch erscheint auch weniger umfangreich als die (Ein-)Jahresberichte früherer Jahre – jedenfalls in der „geschrumpften“ Printversion. Hauptfassung ist die Online-Ausgabe. Vor allem Letztere enthält viele Zusatzinformationen, etwa Links zu Difu-Veröffentlichungen im Volltext. Der Weg zum ambitionierten „cross-medialen“ Produkt ist damit beschriftet. Auf ihm kann mit dem derzeit vorbereiteten umfangreichen Relaunch des Difu-Webauftritts bei den nächsten Ausgaben konsequent weitergegangen werden.

Geändert hat sich auch die inhaltlich-strategische Ausrichtung – statt eher „trockenem“ Rechenschaftsbericht mehr Anreize für die Leser unter der Leitfrage: Was hat das Difu Akteuren in Politik, Wissenschaft, kommunaler Praxis und Öffentlichkeit an (neuen) Erkenntnissen, Ergebnissen und Produkten zu bieten? Kein leichter Anspruch angesichts der Fülle kommunaler Themen, die das Difu auf breiter Front bearbeitet: in weit über einhundert Projekten, empirisch und interdisziplinär, mit Partnern aus Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft, mit Wissenstransfer in Form von Beratung, Online- und Printpublikationen sowie Fortbildungsangeboten. Das neue Konzept bedeutet auch eine stärkere Auswahl und Strukturierung der Inhalte. Der angestrebten Schärfung des Difu-Profiles steht die „Gefahr“ gegenüber, dass das jeweilige Jahrbuch „berichtenswerte“ Inhalte notgedrungen „übersehen“ muss – „Einblicke“ eben, nicht Gesamtschau.

In Teil A des Jahrbuchs beleuchtet die Institutsleitung Difu-„Aktivitäten“ der Jahre 2016/2017 – zunächst unter der Perspektive des Gesamtinstituts: „Forschen, Bilden, Vernetzen für und mit den



Kommunen“. Im Anschluss stellt sie drei Schwerpunkte der Difu-Arbeit der letzten Jahre kurz vor: Wohnen/Bodenpolitik, Megatrend Digitalisierung, Klimavorsorge und Klimaanpassung. Unter „Megatrend Digitalisierung“ beispielsweise wird ein Schlaglicht auf drei Gesichtspunkte geworfen: die mit Digitalisierung verbundenen Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung, die viel diskutierte Smart City sowie das automatisierte Fahren. Eine englischsprachige Kurzfassung von Teil A steht übrigens online bereit.

Diese und andere wichtige kommunale Themen werden in Teil B Forschung und Praxis ausführlicher aufgegriffen – aus der Perspektive der vier Difu-Forschungsbereiche. Den Anfang macht das Querschnittsthema Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Die weiteren Themen: Sozialer Zusammenhalt, Wohnen, Städtebau und Stadtentwicklung, Recht, Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Infrastruktur, Mobilität, Umwelt. Zusätzlich zu den konkret vorgestellten Difu-Arbeiten wird immer auch auf weitere Difu-Aktivitäten (z.B. weitere Projekte) im Themenumfeld hingewiesen.

Last, but not least beschließt Teil C das Jahrbuch mit Basisinfos zu Organisation, Output und „Standing“ des Instituts. Wie etwa haben sich Finanzen und Personalbestand entwickelt? Wie steht es um Fortbildungsangebote, Social-Media-Aktivitäten und Publikationstätigkeit? Das Difu-Organigramm und Infos zu Gesellschafter, Zuwendern und Gremien komplettieren die Daten und Fakten.



www.difu.de/12029



Klaus-Dieter
Beißwenger
+49 30 39001-282
beisswenger@difu.de

Regionale Werteschöpfung soll Energiewende treiben

Maßnahmen für die Energiewende entfalten positive und negative Wirkungen. Die Bewertung von Investitionen allein anhand der erzielbaren Rendite greift zu kurz und bremst den Transformationsprozess. Wichtig ist auch der Blick auf die regionale Wertschöpfung.

Unternehmerisch handelnde Akteure können mit Hilfe von Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen die Vor- und Nachteile von Investitionsentscheidungen abwägen. Dies kann den Beschluss einer Maßnahme fundieren oder die Auswahl zwischen Alternativen erleichtern.

Im Nachhinein kann mit Hilfe entsprechender Analysen der Nachweis erbracht werden, dass eine Entscheidung richtig war – zumindest wenn die erhofften positiven Auswirkungen eingetreten sind. Zudem liefern nachträgliche Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen wichtige Hinweise für erforderliche Anpassungen oder künftig veränderte Herangehensweisen. Ein wesentlicher Aspekt der Wirtschaftlichkeit einer Investition ist deren Effizienz und damit die Frage, in welchem Verhältnis der erforderliche Mitteleinsatz und der dadurch erzielte finanzielle Nutzen stehen. Aus unternehmerischer Perspektive ist eine Investition insbesondere dann wirtschaftlich, wenn deren finanzieller Nutzen den Mitteleinsatz in der Gesamtbetrachtung übersteigt. Eine weitere Dimension von Wirtschaftlichkeit ist die Effektivität. Hier wird betrachtet, ob mit den eingesetzten Mitteln auch inhaltliche Ziele erreicht werden. Dabei spielen insbesondere nichtmonetäre Aspekte und politische Zielstellungen eine Rolle. Allerdings ist die Zuordnung und Bewertung entsprechender Effekte zu einzelnen Entscheidungen und Maßnahmen eine besondere methodische Herausforderung.

Soviel zur Theorie. Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojekts „EnAHRgie – Die lokale Energiewende umsetzen“ wurde unter anderem untersucht, von welchen Parametern die Akteure der lokalen Wirtschaft ihre Investitionsentscheidungen abhängig machen. Die Projektergebnisse werden voraussichtlich Mitte 2019 in vier Leitfäden zu den Themen Technologieszenarien, Partizipation, Kooperation und Ökonomie veröffentlicht. Konkret geht es bei dem Forschungsprojekt, an dem neben dem Difu 13 weitere Partner aus Wissenschaft und Praxis teilnehmen, um Maßnahmen der Energiewende. Investitionen in Photovoltaik-Anlagen, energieeffiziente Heizsysteme oder andere entsprechende Maßnahmen müssten eine positive Rendite erwirtschaften, die



auch das unternehmerische Risiko mit abdeckt, so die Rückmeldung. Entscheidungsrelevant sei primär der effiziente Mitteleinsatz bezogen auf einzelne Anlagen bzw. Investitionen. Das Erreichen übergeordneter Ziele rückt in den Hintergrund.

Im Untersuchungsraum des Forschungsprojekts, dem Landkreis Ahrweiler, bremste dieser enge Fokus in der Vergangenheit die politisch angestrebte Energiewende. Potenzielle Maßnahmen erfüllten die Wirtschaftlichkeits- bzw. Renditeanforderungen der lokalen Akteure oft nicht. Der begrenzte Blick auf die einzelne Maßnahme blendete aus, dass sich in vor- und nachgelagerten Stufen wirtschaftlicher Betätigung weitere positive Effekte beobachten lassen. Diese sind nicht ausschließlich finanzieller Natur. Beispielsweise hat die Schaffung von Arbeitsplätzen zwar auch fiskalische Wirkungen – die Sicherung von Erwerbsgrundlagen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten sind für eine Region aber ebenfalls wichtig. Bei der Betrachtung wurde deshalb die finanzielle Perspektive im Sinne einer Wertschöpfungsanalyse über den engen Rahmen einer einzelnen Energiewende-Maßnahme hinaus ausgeweitet. Zusätzlich war es dadurch möglich, andere lokale bzw. regionale Zielaspekte mit in die Bewertung von Investitionen einzubeziehen.

Durch diese veränderte Analyse wird jedoch deutlich, dass neben positiven Auswirkungen von Energiewende-Maßnahmen auch negative Effekte existieren und beides in der Regel ungleich auf die Akteure verteilt ist. Derzeit wird untersucht, wie ein besserer Ausgleich zwischen Vor- und Nachteilen für einzelne Akteure in Ahrweiler möglich wäre und ob die regionale Energiewende dadurch vorangebracht werden könnte.



www.difu.de/11586
www.enahrgie.de



Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Klimaschutz & Gebäudesanierung: Beispiele und Tools für Kommunen

Neue Publikation unterstützt Kommunen im Zusammenhang mit der Sanierung von Liegenschaften. Das vom Difu im Auftrag des Bundesumweltministeriums konzipierte Themenheft gibt Kommunen Orientierungshilfe und Anregungen.

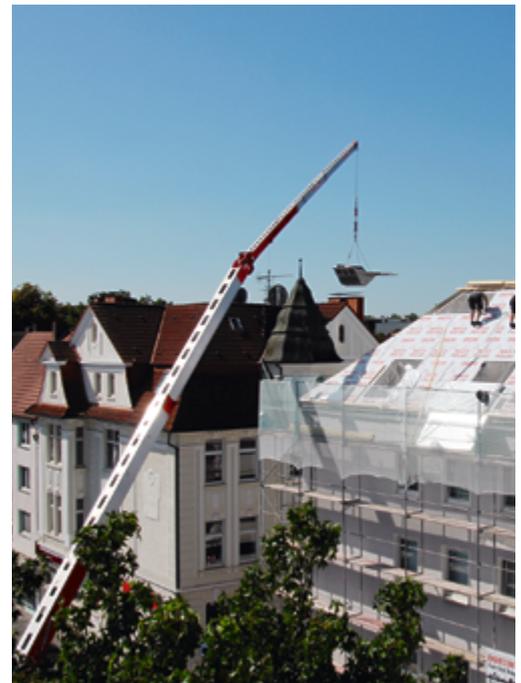
Das neue Themenheft „Klimaschutz & Gebäudesanierung“ liefert Städten, Gemeinden und Landkreisen konkrete Anregungen, wie sie eine klimagerechte Gebäudesanierung vor Ort vorantreiben können. Handlungsfelder sind die Sanierung kommunaler Liegenschaften, die Motivation von Eigentümern und die Erneuerung von Quartieren.

Trotz des aktuellen Baubooms in vielen Städten und Ballungsräumen ist die Neubaurate in Deutschland weiterhin vergleichsweise gering. Um die Klimaschutzziele von Bund, Ländern und Kommunen zu erreichen, kommt der energetischen Sanierung des Gebäudebestands eine zentrale Bedeutung zu. Viele Städte, Landkreise und Gemeinden haben sich mittlerweile eigene, ehrgeizige Klimaschutzziele gesetzt. Sie betreiben zum einen selbst zahlreiche Objekte und haben zum anderen die Möglichkeit, auf die Bürger zuzugehen und dabei individuelle, lokale Voraussetzungen zu beachten.

In elf ausführlichen Praxisbeispielen und sechs Exkursen liefern die größtenteils kommunalen Autoren Erfahrungen und Tools, die zur Nachahmung anregen bzw. für die Umsetzung vor Ort von praktischem Nutzen sind. Die Auswahl der vorgestellten Projekte orientiert sich an den möglichen „Hebeln“, die Kommunen beim Thema Gebäudesanierung zur Verfügung stehen:

Städte, Gemeinden und Landkreise haben die Möglichkeit, ihre eigenen Liegenschaften zu sanieren und damit auch als Vorbild für Bürger sowie andere Kommunen voranzugehen. Vorgelegt werden gesamtstädtische Sanierungsstrategien, konkrete Sanierungsbeispiele, Tools zur Berechnung von Kosten und Wertschöpfung sowie Fördermöglichkeiten für Kommunen.

Die Eigentümerstruktur in Deutschland ist stark von Einzelpersonen geprägt, deren Modernisierungsaktivitäten mit Vermögen, Lebensphase und Nutzung der Immobilie verknüpft sind. Kommunen motivieren private Eigentümer zur Sanierung, zum Beispiel durch individuelle Informations- und Beratungskampagnen oder eigene Förderprogramme.



Der „Quartiersansatz“ ist eine weitere Option, um den klimagerechten Umbau in der Kommune voranzutreiben. Viele interessante Aktivitäten finden im Rahmen des Programms „KfW 432“ statt, mit dem der Bund Konzepte und Personal zur Umsetzung in Kommunen fördert. Eine integrale, über das Einzelgebäude hinausgehende Betrachtung ermöglicht eine nachhaltige Entwicklung von Quartieren – beispielsweise bei der Planung von Wärmenetzen, aber auch der Verknüpfung mit weiteren Aspekten wie der Anpassung an die Folgen des Klimawandels, Barrierefreiheit und klimafreundlicher Mobilität.

Mit den in der Reihe „Themenhefte“ veröffentlichten Publikationen greift das Difu, gefördert durch das Bundesumweltministerium, verschiedene Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes auf. Es werden Ziele, Aufgaben und Inhalte des jeweiligen Themenbereichs aufbereitet und konkrete Erfahrungen aus der Praxis dargestellt.



www.difu.de/12089



Dipl.-Geogr.
Anna-Kristin Jolk
+49 221 340308-22
jolk@difu.de



Zusammenhalt und Teilhabe

Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe in Klein- und Mittelstädten: Wohnen, Infrastruktur, Akteure, Netzwerke.

Zusammenhalt
und Teilhabe



www.difu.de/11576



Dipl.-Soz.
Gudrun Kirchhoff
+49 30 39001-192
kirchhoff@difu.de

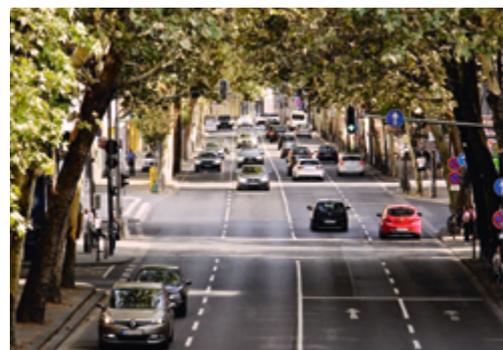


Foto: Wolf-Christian Strauss

Das im Juli 2018 gestartete Projekt knüpft an das Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten“ des Difu an und legt den Fokus auf sozialräumliche Zusammenhänge. Mit der Neuzuwanderung und dem Anstieg der zugewanderten Bevölkerung wächst die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Folgen von sozialen Unterschieden und Ungleichheiten für die städtische Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. Im Projekt soll untersucht werden, wie sich die Teilhabe der Zuwanderer/Geflüchteten am gesellschaftlichen Leben sowie das Zusammenleben gestalten, welche Perspektiven sie für sich entwickeln, wie sich die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft darstellt und wie Akzeptanz- und Identifikationsprozesse verlaufen. Dazu werden in sechs ausgewählten Kommunen Werkstattprozesse durchgeführt und ein bundesweiter Fachaustausch angeboten. Das Projekt setzt auf einen aktivierenden Ansatz und die Verknüpfung unterschiedlicher Formate des Erkenntnisgewinns und des Wissenstransfers. Gefördert wird das auf zwei Jahre angelegte Projekt aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, dem Förderprogramm „WIR – Wegweisende Integrationsansätze Realisieren“ des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration und durch die Robert Bosch Stiftung. Weitere Kooperationspartner sind das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Landkreistag. Im Projekt soll Handlungs- und Orientierungswissen für kommunale Akteure zur Verbesserung integrationspolitischer Handlungsweisen erarbeitet werden. Die Ergebnisse haben beispielhaften Charakter und sollen in den nationalen Diskurs über Zuwanderung und Integration einfließen.

Demographie visualisiert

Neues Difu-Projekt zur Weiterentwicklung des internetbasierten Visualisierungs- und Analysetools „Hin & weg“ für Quartiere.



Zu- und Abwanderungsbewegungen innerhalb von Städten unterscheiden sich stark mit Blick auf die bevorzugten Zielgebiete auf Stadtteil- oder Quartiersebene. Während interregionale Wanderungs- und Pendlerbeziehungen gut erforscht sind, ist die Analyse und Abbildung kleinräumiger Bewegungsmuster für viele Städte schwer leistbar, obwohl sie erhebliche Bedeutung für planerische und politische Entscheidungen vor Ort haben. Beispiele sind hier Pendlerströme von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Schülerbewegungen, Stadt-Umland-Austausche etc.

Um diese Wissenslücke zu schließen, hat das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig das internetbasierte Visualisierungs- und Analysetool „Hin & weg“ entwickelt. In einem dreijährigen Projekt wird das Difu zusammen mit dem IfL eine praxisorientierte Weiterentwicklung dieses Instruments vorantreiben. Ein Dialogprozess mit interessierten Städten soll dabei die Bedürfnisse der Anwender auf kommunaler Ebene eruieren. Ziel ist es, das Analysetool „Hin & weg“ einem möglichst großen Kreis von Nutzern zur Verfügung zu stellen. Neben Akteuren aus Forschung und Stadtverwaltung sollen auch Politik und Zivilgesellschaft Zugang zur Anwendung erhalten und es als Grundlage für ihre Entscheidungen vor Ort nutzen können. Zugleich werden am Beispiel des Tools grundlegende Fragestellungen untersucht, die für Kommunen bei der Nutzung – und gegebenenfalls auch der öffentlichen Bereitstellung – solcher Instrumente und Daten entscheidend sind. So können unter anderem die in den Kommunen derzeit kontrovers geführten Diskussionen über die Bewertung von „Open Data“ sowie datenschutzrechtliche Fragen besser eingeordnet werden.

Demographie
visualisiert



www.difu.de/12241



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Smart City und Stadtentwicklung

Untersuchungen zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die verschiedenen Bereiche der Stadt.



Smart City und Stadtentwicklung



www.difu.de/12070



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Roman Soike
+49 30 39001-145
soike@difu.de

Die räumlich-funktionalen Auswirkungen von Digitalisierung und Smart-City-Anwendungen im städtischen Raum wurden bisher kaum untersucht. Aussagen hierzu sind eher allgemeiner Art, ohne dass sich daraus Hinweise für das konkrete Planungshandeln ableiten lassen. In Hinblick auf einzelne Themenfelder lassen sich zumindest tendenzielle Wirkungen benennen.

Vor diesem Hintergrund hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Berlin das Difu mit einer explorativen Studie beauftragt. Ziel ist es, Aufgaben und Diskussionsbedarf für das Berliner Planungshandeln zu sondieren und darzulegen, wie diese bearbeitet werden können.

Im Fokus der Difu-Studie stehen daher folgende Fragestellungen:

- Welche räumlichen Wirkungen (städtischer Raum) gehen mit der Digitalisierung und IKT-basierten Anwendungen einher?
- Welche veränderten Raumwahrnehmungen sind mit der Digitalisierung verbunden?
- Welche Wirkungen ergeben sich in Hinblick auf städtische Funktionen (Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Mobilität)?
- Welche Wirkungen zeigen sich mit Blick auf Lebensqualität oder Wettbewerbsfähigkeit?
- Was bedeutet dies in Bezug auf die Stadtentwicklungsplanung und damit verbundene Prozesse (Beteiligung, Fachplanungen, Daten)?

Neben der Analyse von Fallstudien ist die Durchführung eines Fachgesprächs geplant. Die Ergebnisse des Projekts werden in Form eines Strategiepapiers aufbereitet.

Urbane Umweltziele



www.difu.de/12091



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dipl.-Ing. agr.
Thomas Preuß
+49 30 39001-265
preuss@difu.de

Urbane Umweltziele

Handlungsfelder, Zielsysteme und Maßnahmenvorschläge für den urbanen Umweltschutz.



Foto: Ramboll Studio Dreiseitl

In Städten und Stadtregionen entscheiden sich Zukunftsfragen der Menschheit. Im urbanen Umweltschutz wird die Brücke von einer umweltschonenden zu einer sozialverträglichen und gesundheitsfördernden, ressourceneffizienten Stadtentwicklung geschlagen. Stadregionale Kreislaufwirtschaft sowie abgestimmte Stadt- und Infrastrukturentwicklung spielen dabei eine herausragende Rolle. Doch wie lässt sich urbaner Umweltschutz mit seinen vielfältigen Facetten operationalisieren, um die Themen und ihre Verknüpfung in Öffentlichkeit und Politik breit zu verankern? Zielsysteme und Maßnahmenvorschläge sollen hierbei unterstützend wirken und den Akteuren Orientierung zum Handeln geben. Ziel des Vorhabens ist es daher, durch ein inhaltlich konsistentes, politisch kommunizierbares und operativ handhabbares Set an Zielgrößen die Formulierung und Umsetzung von Politik für den urbanen Umweltschutz sowohl auf übergeordneter als auch auf kommunaler Ebene in Deutschland anzuregen und zu unterstützen. Hierfür werden im Vorhaben Kenngrößen in verschiedenen Handlungsfeldern ermittelt und mit Zielgrößen untersetzt. Die Zielgrößen sollen für die handelnden Akteure eine nachvollziehbare Orientierung geben, an denen sie ihre vielfältigen Maßnahmen für den urbanen Umweltschutz ausrichten können. Beispiele für derartige Zielgrößen sind etwa der vom UBA vorgeschlagene Motorisierungsgrad von 150 PKW/1000 Einwohner, die Primärenergie sparende „2000 Watt-Gesellschaft“ (Stadt Zürich 2017) oder das „30-ha-Ziel“ des Bundes für die Flächeninanspruchnahme. Das Vorhaben „Ziele für einen umfassenden urbanen Umweltschutz – Weiterentwicklung des UBA-Konzepts „Die Stadt für Morgen“: Handlungsfelder, Zielsysteme und Maßnahmenvorschläge für einen umfassenden urbanen Umweltschutz“ wird im Zeitraum 2018 bis 2021 vom Difu im Auftrag des Umweltbundesamtes durchgeführt.

Edition Difu - Stadt Forschung Praxis

Vielfalt gestalten **NEU**

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Von Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S.,

vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele –

Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S.,

zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

Orientierungen für kommunale Planung und Steuerung – Ein Handlungsleitfaden

Von Jens Libbe unter Mitarbeit von Klaus J.

Beckmann, 2014, Bd. 13, 212 S., 29 €

ISBN 978-3-88118-529-5

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

Von A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

Nicht weniger unterwegs – sondern intelligenter?

Neue Mobilitätskonzepte

Klaus J. Beckmann und Anne Klein-Hitpaß

(Hrsg.), 2013, Bd. 11, 320 S., zahlreiche

Abbildungen, 39 €, ISBN 978-3-88118-521-9

Difu-Arbeitshilfen

Datenschutz und Informationsfreiheit in der Kommune

4., völlig neu bearbeitete Auflage

von Martin Zilkens, 2014, 208 S.

inklusive Checklisten und Muster, 30 €

ISBN 978-3-88118-536-3

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage

A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S.,

zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

Das Bebauungsplanverfahren nach dem BauGB 2007

Muster, Tipps und Hinweise

Von Marie-Luis Wallraven-Lindl, Anton Strunz,

Monika Geiß, 2011, 2., aktualisierte Auflage,

224 S., 35 €, ISBN 978-3-88118-498-4,

eBOOK 29,99 €

Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

A. Bunzel (Hrsg.), von M.-L. Wallraven-Lindl,

A. Strunz, 2010, 188 S., 30 €

ISBN 978-3-88118-486-1

Difu-Impulse

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten **NEU**

Dokumentation der Fachtagung „kommunal

mobil 2018“ am 7./8. Juni 2018 in Dessau

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, ca. 80 S., 15 €, eBook 12,99 €,

in Vorbereitung, ISBN 978-3-88118-625-4

Junge Flüchtlinge – Perspektivplanung und Hilfen zur Verselbstständigung **NEU**

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ –

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten (Hrsg.), Bd. 7/2018, 188 S., 20 €,

eBook 16,99 €, ISBN 978-3-88118-626-1

Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert

Das Beispiel der Stadt Köln

Von Stefan Schneider u.a.

Bd. 6/2018, 160 S., 20 €

ISBN 978-3-88118-619-3

Städtebauförderung in NRW

Erfolgsfaktoren u. Hemmnisse der Beantragung,

Bewilligung u. Abrechnung von Fördermitteln

Von Stefan Schneider, Henrik Scheller, Beate

Hollbach-Grömig, Bd. 5/2018, 78 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-616-2

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen **NEU**

Herausforderungen und Trends am Beispiel des

Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

Von Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf und

Daniel Zwicker-Schwarm

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €, eBook 12,99 €

ISBN 978-3-88118-614-8

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs

Wulf-Holger Arndt und Tobias Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., 15 €, eBook 12,99 €

ISBN 978-3-88118-615-5

Ende oder Neustart – Perspektiven der Clusterpolitik

Von Dirk Assmann und Jens Libbe

Bd. 2/2018, 92 S., 15 €, eBook 12,99 €

ISBN 978-3-88118-613-1

Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen

Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben

Holger Floeting u.a. (Hrsg.)

Bd. 1/2018, 220 S., 23 €, eBook 19,99 €

ISBN 978-3-88118-588-2

★ Difu-Papers

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Von Jens Libbe und Roman Soike

2017, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/11741

Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren

Hrsg. Difu, im Auftrag des BBSR

2017, 28 S., 5 €

➔ www.difu.de/11596

Standortfaktoren für Unternehmen – die kommunale Sicht

Ergebnisse auf Grundlage der Daten des

Difu-Projekts „Koordinierte Unternehmens-

befragung“

Von Detlef Landua, Sandra Wagner-Endres,

Ulrike Wolf, 2017, 40 S., 5 €

➔ www.difu.de/11597

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

Nach Chronologie: www.difu.de/publikationen

Nach Reihen: www.difu.de/6194

Nach Thema: www.difu.de/publikationen/suche

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/10829

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 3900-1275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

In allen Größen! Stärkung von Pflegekindern und ihren Familien

AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, 192 S., nur online
➔ www.difu.de/11290

Neu Maß nehmen!

Zukunftsperspektiven der Vormundschaft
AGFJ im Difu (Hrsg.), 2017, Bd. 107, 122 S.
19 €, ISBN 978-3-8811-8-563-9

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch / nur als Download)

Umparken – den öffentlichen Raum gerechter verteilen **NEU**

Zahlen und Fakten zum Parkraummanagement
Von Uta Bauer und Martina Hertel, Agora Verkehrswende (Hrsg.)
2018, 6 S.
➔ www.difu.de/12248

Grundlegender Änderungsbedarf im Straßen- und Straßenverkehrsrecht **NEU**

Anforderungen des Radverkehrs und Änderungsvorschläge
Von Tilman Bracher u.a.
2018, 10 S., nur online
➔ www.difu.de/12226

Fokus: Energie- und Treibhausgasbilanzierung in Kommunen **NEU**

Erste Schritte und Hilfestellungen
SK:KK (Hrsg.)
2018, 7 S., kostenlos
➔ www.difu.de/12223

Geht doch! **NEU**

Grundzüge einer bundesweiten Fußverkehrsstrategie
Von Uta Bauer, Martina Hertel, Lisa Buchmann i.A. des Umweltbundesamts
2018, 55 S., vierfarbig
➔ www.difu.de/12208

Klimaschutz & Gebäudesanierung **NEU**

Sanierung kommunaler Liegenschaften planen, Eigentümer motivieren, Quartiere erneuern
Difu (Hrsg.), Bearb. Anna-Kristin Jolk
2018, 128 S., kostenlos
➔ www.difu.de/12089

Ressourceneffizienz in Kommunen – Stoffströme und Stoffkreisläufe auf der regionalen und lokalen Ebene optimieren

Handlungsfelder, Fallbeispiele und Empfehlungen für Kommunen
Von Maic Verbücheln und Sandra Wagner-Endres, i.A. des Umweltbundesamts
2018, 40 S., kostenlos, Bestellungen ausschließlich beim UBA

Integrierte Strategien kommunaler Gesundheitsförderung

Rahmenbedingungen, Steuerung und Kooperation. Ergebnisse einer Akteursbefragung
Von Christa Böhme und Bettina Reimann
2018, 74 S., nur online
➔ www.difu.de/12018

Klimaschutz & Gesundheit

Difu (Hrsg.), Bearb. Björn Weber
2018, 72 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11998

Klimaschutz & Tourismus

Klimaschutz als Chance für einen nachhaltigen Tourismus in Kommunen
Difu (Hrsg.), Bearb. Maja Röse
2018, 104 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11997

SDG-Indikatoren für Kommunen

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen.
Von Dirk Assmann, Jasmin Honold, Busso Grabow und Jochen Roose, Hrsg. Bertelsmann Stiftung u.a.
2018, 120 Seiten, kostenlos (Printexemplar bestellbar ausschließlich bei:
petra.vollmer@bertelsmann-stiftung.de)
➔ www.sdg-indikatoren-fuer-kommunen.de

Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten

Juni 2017–Juni 2018. Bundeswettbewerb
Difu (Hrsg.), 2018, 140 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11992

KfW-Kommunalpanel 2018

Von Elisabeth Krone und Henrik Scheller, Hrsg. KfW Bankengruppe
2018, 43 S., nur online
➔ www.difu.de/11982

Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog

Projektergebnisse
Difu (Hrsg.), Vera Völker u.a. (Bearb.)
2018, ca. 50 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11836

Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe

Dokumentation des 3. Netzwerktreffens am 30. November/1. Dezember 2017
Von Bettina Reimann, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss, BMI u.a. (Förd.)
2018, 22 S., nur online
➔ www.difu.de/11829

OB-Barometer 2018

Difu (Hrsg.), 2018, 4 S., nur online
➔ www.difu.de/11757

Klimaschutz & ländlicher Raum

Ideen und Impulse für erfolgreichen Klimaschutz in ländlichen Kommunen
Difu (Hrsg.), Bearb. Marco Peters
2018, 88 S., kostenlos
➔ www.difu.de/11837

Klimaschutz in Kommunen

Praxisleitfaden. 3. Aufl.
Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2018, 454 S.
ISBN 978-3-88118-585-1
➔ www.difu.de/11742

Bodenpolitische Agenda 2020–2030

Warum wir für eine nachhaltige und sozial gerechte Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik eine andere Bodenpolitik brauchen
Von A. Bunzel, M. zur Nedden, R. Pätzold, J. Aring, D. Coulmas, F. Rohland
2017, 38 S. (Langfassung), 6 S. (Eckpunktepapier), nur online
➔ www.difu.de/11558

Zeitschrift

Pfadkonzepte in der Stadtgeschichte **NEU**

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 2/2018, ca. 160 S., in Vorbereitung
Einzelheft 12 €, Jahresabo (zwei Hefte) 19 €

Die osmanische Stadt

Moderne Stadtgeschichte
MSG, Halbjahresschrift, Heft 1/2018, 160 S.

★ Dokumentationen

Kommunalwissenschaftliche Dissertationen

Rita Gräber (Bearb.), 2018, ca. 170 S., in Vorbereitung
Einzelband 27 €, Jahresabo 20 €
➔ www.difu.de/publikationen

Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung

Christine Bruchmann, Dorothee Hanke (Bearb.), 2018, ca. 250 S., in Vorbereitung
Einzelband 28 €, Jahresabo 30 €
➔ www.difu.de/publikationen

Difu-Jahrbuch

Einblicke – Die Jahre 2016 und 2017 im Difu **NEU**

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)
2018, 84 S.
➔ www.difu.de/12029



Foto: Doris Reichel

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Städte, Verbände und Planungsgemeinschaften

Wichtigste Kooperationspartner des Instituts sind seine Zuwander. Dies sind hauptsächlich Städte, aber auch Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Durch die enge Kooperation mit seinen Partnern sorgt das Difu dafür, dass sich seine Arbeit direkt an deren Bedarf orientiert.

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte und aktuelle Kenntnisse in allen kommunalrelevanten Gebieten. Für viele Städte ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, eigene kommunalbezogene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an: Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung und fördert den kommunalen Erfahrungsaustausch durch umfangreiche Serviceleistungen:

Persönliche Beratung

Verwaltungsmitarbeiter und Ratsmitglieder aus Zuwanderstädten und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Experten zu erörtern.

➔ www.difu.de/6760

Fortbildung

Ob vor Ort oder im Institut in Berlin, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. In diesem Fall lohnt sich die Zuwanderschaft doppelt: Neben stark reduzierten Seminarbeiträgen werden Zuwander auch bei der Vergabe der Seminarplätze begünstigt.

➔ www.difu.de/6263

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z.B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellstem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßige Treffen an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/6263

24-Stunden-Zugang gratis in die Difu-Datenbanken

Die Online-Recherchen in den Difu-Datenbanken kommDEMOS und ORLIS sind nur für Zuwander kostenfrei. Die Datenbanken ermöglichen den Zugang zu umfangreichen Informationen über kommunalrelevante Umfragen und Literatur – teilweise im Volltext.

➔ www.difu.de/37

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet

Das Difu-Extranet stellt vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Ergebnisberichte über Difu-Fortbildungen samt „virtueller“ Tagungsmappe, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen, Videos sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen.

➔ www.difu.de/43

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die gedruckten Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei zugesandt. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander viele Publikationen auch als PDF oder eBook an, teilweise exklusiv und grundsätzlich kostenfrei. Die PDFs können direkt im Difu-Extranet heruntergeladen werden, die eBooks z.B. über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/10829

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/6207



Sybille Wenke-Thiem
Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit
Difu-Beitritt und Zuwander
+49 30 39001-208/209
wenke-thiem@difu.de

**Dipl.-Pol.
Patrick Diekelmann**
Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekemann@difu.de

**Susanne Plagemann,
M.A.**
Internet/Extranet
+49 30 39001-274
plagemann@difu.de

**Dipl.-Geogr.
Luise Adrian**
Fortbildung
+49 30 39001-149
adrian@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13–15
10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion

Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.)
unter Mitarbeit von Luisa Müller,
Cornelia Schmidt und Louis Milan Speer

Gestaltungskonzept

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout

Elke Postler

Fotos

S.23: commons.wikimedia.org/Alice Forstner
Fotos ohne Autorengabe: www.pixabay.com.
Ganz herzlichen Dank an alle Fotografen sowie an die Plattform pixabay für die kostenfreie Bereitstellung des Bildmaterials!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208
Fax +49 30 39001-130
pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 44/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 31.10.2018

Lesbarkeit

Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des geringen Platzes verzichten wir darauf, männliche *und* weibliche Schreibformen zu verwenden. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für alle Geschlechter.

Druck

H. HEENEMANN GmbH & Co. KG, Berlin.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier ohne optische Aufheller; holz- und chlorfrei.

Weiterverbreitung

Frei, bei Nennung der Quelle.
Belegexemplar/-Link/-PDF bitte an die Difu-Pressestelle.

Kostenfreie Difu-Angebote

Presseverteiler

Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/6674

Veröffentlichungen

Viele Publikationen stehen kostenlos zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden.

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester findet monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ statt, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst.

➔ www.difu.de/difu-dialoge

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Monatlich informiert der kostenfreie E-Mail-Dienst „Difu-News“ über interessante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.

➔ www.difu.de/newsletter

Difu-Magazin Berichte

Vierteljährlich informieren die Berichte u.a. über Forschungsergebnisse, neue Publikationen, neue Projekte, Veranstaltungen – in Printform und online.

Berichte lesen, Umwelt schonen und Platz sparen? Die Berichte gibt es auch digital. Das Online-Archiv reicht zurück bis zum Heft 1/1996. Tragen Sie sich einfach unter www.difu.de/6674 ein und geben unter Sonstiges „Berichte digital“ ein. Nach dem Erscheinen eines neuen Hefts erhalten Sie eine Mail mit dem Link zum Heft (PDF). Das Archiv finden Sie unter

➔ www.difu.de/d100718

➔ www.difu.de/publikationen/difu-berichte.

Facebook

Über Facebook postet das Difu nahezu täglich „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.facebook.com/difu.de

Ich interessiere mich für die Difu-Zuwenderschaft für Städte und Verbände.
Bitte schicken Sie mir dazu nähere Infos an:

Name _____

Stadt/Verband _____

Straße _____

Land, PLZ, Ort _____

Telefon/Fax _____

E-Mail _____

Anmerkungen _____

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-208, Fax +49 30 39001-130, pressestelle@difu.de

Lokale Wirtschaft stärken

Difu berät die Wirtschaftsförderung der Stadt Leipzig bei der Entwicklung eines Bestandspflegekonzepts.

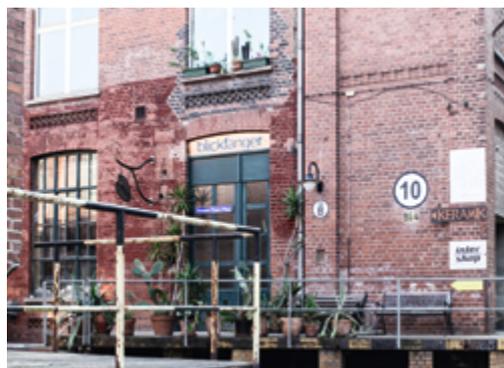
Lokale Wirtschaft stärken



www.difu.de/11359



Dipl.-Ing.
Sandra Wagner-Endres
+49 30 39001-154
wagner-endres@difu.de



Dipl.-Volkswirt
Rüdiger Knipp
+49 30 39001-242
knipp@difu.de

Dr. Stefan Schneider
+49 30 39001-261
schneider@difu.de

Viele Wirtschaftsförderungseinrichtungen in Deutschland – so auch in der Stadt Leipzig – befassen sich aktuell mit ihrer Innovationsfähigkeit. Vor dem Hintergrund des ökonomischen, technologischen und gesellschaftlichen Wandels kommt der Bestandsförderung als zentrale Aufgabe der Wirtschaftsförderung eine entscheidende Funktion bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen, wie z.B. der Digitalisierung, dem zunehmendem globalen Wettbewerb und der wachsenden Konkurrenz um Fachkräfte zu.

Die Wirtschaftsförderung Leipzig als Ansprechpartnerin und Impulsgeberin für die ansässigen Unternehmen will daher die konzeptionelle und organisatorische Ausrichtung ihrer Bestandsförderung – beraten durch das Difu – weiterentwickeln. Dabei sollen Aufgaben, Strukturen, Abläufe und Ressourcen betrachtet und aufeinander abgestimmt werden. Das Projekt soll insbesondere zeigen, wie sich die Stadt Leipzig strategisch aufstellen muss und wo neuer Unterstützungs- und Weiterentwicklungsbedarf in der Unternehmenslandschaft besteht. Ziel ist es, die Serviceleistungen der Bestandsförderung sowie die Formate der Zusammenarbeit mit den ansässigen Unternehmen in einem „Bestandspflegekonzept Wirtschaftsförderung Leipzig 2030“ zukunftsorientiert zu justieren.

Das Projekt besitzt Modellcharakter für andere kommunale Wirtschaftsförderungen. Das Difu unterstützt in diesem Zusammenhang auch den Erfahrungsaustausch über neue Anforderungen der Wirtschaft im Wandel und ihre Implikationen für die Arbeit der Wirtschaftsförderung mit anderen Kommunen.

Sicher zu Fuß und mit dem Rad



www.difu.de/12113
www.difu.de/12115



Dipl.-Ing. Thomas Weber
+49 30 39001-134
weber@difu.de

Christiane Claus
+49 30 39001-184
claus@difu.de

Sicher zu Fuß und mit dem Rad

Difu konzipiert Veranstaltungsserie zur verkehrssicheren Gestaltung innerörtlicher Hauptverkehrsstraßen.

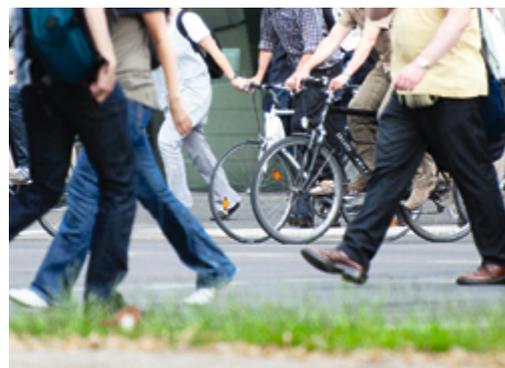


Foto: Doris Reichel

Auf innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen und in Ortsdurchfahrten besteht durch vielfältige, konkurrierende Nutzungsansprüche auf engem Raum ein hohes Konfliktpotenzial. Hier konzentrieren sich Unfallschwerpunkte, bei denen Fußgänger und Radfahrende überdurchschnittlich häufig von schweren Folgen betroffen sind. Typische Mängel in der Infrastruktur sind oft mit die Ursache für Unfälle, und sie zeigen, dass die Bedürfnisse der Fußgänger und Radfahrer nicht angemessen berücksichtigt werden.

Im Auftrag des Deutschen Verkehrssicherheitsrats e.V. (DVR) und mit Förderung durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bietet das Difu eine eintägige Veranstaltungsreihe für Akteure kommunaler Verkehrsplanung an.

Im Fokus der Veranstaltungen steht vor allem die Verbesserung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrende. Fachleute aus Kommunalverwaltungen, Planungsbüros und Verbänden sollen darin unterstützt werden, sichere und attraktive Verkehrs- und Aufenthaltsbedingungen herzustellen und die Verkehrsinfrastruktur des Hauptstraßennetzes entsprechend zu gestalten.

In Vorträgen und Arbeitsgruppen werden aktuelle Grundlagen zu sicheren und bedarfsgerechten Führungen für den Fuß- und Radverkehr vermittelt. Neben der Vertiefung der Kenntnisse des vorhandenen Rechts- und Planungsinstrumentariums geht es um das Erkennen und Abbauen von Sicherheitsdefiziten und die Vermittlung von praktischen Lösungen sowie von Erfahrungen zu deren Umsetzung.

SUMP oder VEP?

Begriffe aus der kommunalen Szene, einfach erklärt

Der Begriff SUMP kommt aus dem Englischen und bedeutet „Sustainable Urban Mobility Plan“ – also ein nachhaltiger städtischer Mobilitätsplan. In Deutschland wird üblicherweise der Begriff Verkehrsentwicklungsplan (VEP) verwendet. VEPs haben in deutschen Städten unterschiedlichster Größenordnung eine lange Planungstradition, obwohl sie nicht vorgeschrieben sind. Bei einem SUMP/VEP handelt es sich um einen strategischen Plan, der auch einen umsetzungsorientierten Maßnahmenplan umfasst. Ziel eines solchen Plans ist die Bereitstellung qualitativ hochwertiger und nachhaltiger Mobilitätsangebote.

„SUMPs werden vorrangig dafür entwickelt, nachhaltige Verkehrssysteme aufzubauen.“

An die kommunale Verkehrsentwicklungsplanung sind hohe Anforderungen gestellt: Sie soll zum Erhalt qualitativ hochwertiger Lebens- und Mobilitätsverhältnisse und einer prosperierenden Wirtschaft beitragen, für gute Erreichbarkeiten sorgen, Lärm-, Luftschadstoff- und Verkehrsbelastungen reduzieren sowie Mobilitätsteilnahme für alle sichern – und das unter schwierigen Finanzierungsverhältnissen. Hierfür ist eine ausgewogene Entwicklung aller maßgeblichen Verkehrsträger notwendig sowie ein Umstieg auf nachhaltigere Verkehrsmittel. Darüber hinaus ist die Kooperation zwischen verschiedenen Regierungsebenen und zuständigen Behörden sowie ein transparentes und partizipatorisches Vorgehen, das alle maßgeblichen Akteure einbezieht, unerlässlich. Ein VEP muss in den Fachebenen verankert sein, z.B. in der Flächennutzung, der Gesundheitsförderung oder im Klimaschutz. Die Umsetzung der Maßnahmen in VEPs wird regelmäßig anhand von Indikatoren geprüft sowie durch ein Qualitätsmanagement abgesichert.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Veranstaltungsvorschau

Förderwissen für den Klimaschutz – Informationsveranstaltung bei der 11. Jahrestagung „Kommunaler Energie-Dialog Sachsen“

SK:KK vor Ort

19. November 2018 in Dresden

➔ www.difu.de/12035

Das europäische Beihilferecht von Kommunen für Kommunen

Difu-Seminar in Kooperation mit dem DST und DStGB

19. November 2018 in Berlin

➔ www.difu.de/11897

12. Fahrradkommunalkonferenz Radverkehr in der Stadt-Umland-Beziehung

Fahrradakademie

19.–20. November 2018 in Osnabrück

➔ www.difu.de/11975

Förderwissen für den Klimaschutz – Informationsveranstaltung im Rahmen des Zukunftsforums Energiewende

SK:KK vor Ort

21. November 2018 in Kassel

➔ www.difu.de/12036

Forum deutscher Wirtschaftsförderer

Kongress der kommunalen Spitzenverbände und des DVWE in Kooperation mit dem

Deutschen Institut für Urbanistik

22.–23. November 2018 in Berlin

➔ www.difu.de/12084

Gemeinsam mit den Bürger*innen! Qualität und Transparenz bei Bürgerbeteiligung

Difu-Erfahrungsaustausch in Kooperation mit der Stadt Wolfsburg

22.–23. November 2018 in Wolfsburg

➔ www.difu.de/11899

Die Modernisierung des SGB VIII

Dialogforum

26.–27. November 2018 in Berlin

➔ www.difu.de/12025

Radverkehr an Knotenpunkten

Fahrradakademie-Vertiefungsseminare

27.–28. November 2018 in Erfurt

➔ www.difu.de/11976

2. Kölner Symposium Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Zeiten urbaner Transformation

29. November 2018 in Köln

➔ www.difu.de/12077

Nachhaltige Gewerbegebiete – Ressourceneffizienz und Nutzungsmischung

Difu-Seminar

29. November 2018 in Berlin

➔ www.difu.de/11901

Schutz und Perspektiven: Inobhutnahme und stationäre Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung

Dialogforum

3. Dezember 2018 in Berlin

➔ www.difu.de/12161

Sicherheit zu Fuß und mit dem Rad – Verkehrssichere Gestaltung von innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen

Seminare

3. Dezember 2018 in Darmstadt

➔ www.difu.de/12113

5.–6. Dezember 2018 in München

➔ www.difu.de/11979

➔ www.difu.de/12115

12.–13. Dezember 2018 in Ludwigshafen

➔ www.difu.de/11978

Unfallforschung der Versicherer: Präsentation von Forschungsergebnissen zur Radverkehrssicherheit

Fahrradakademie-Webinar

4. Dezember 2018

➔ www.difu.de/12203

Neue Mobilitätskonzepte – Technischer Hype versus Praxistauglichkeit (Wiederholung)

Difu-Seminar

6.–7. Dezember 2018 in Berlin

➔ www.difu.de/12159

(Neu-)Zuwanderung bewegt – Sozialer Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft

Fachtagung

10. Dezember 2018 in Berlin

➔ www.difu.de/12102

Die Kommunalrichtlinie fördert Klimaschutz – Fokus Investive Förderung

SK:KK-Webinar

11. Dezember 2018

➔ www.difu.de/12037

Verlässliche Kooperation und interdisziplinäre Fallverständigung mit der Schule sichern

Dialogforum

12.–13. Dezember 2018 in Berlin

➔ www.difu.de/12027



Veranstaltungen

Berichte 4/2018

Meine Stadt, deine Stadt – Heimat Großstadt

Difu-Dialog

16. Januar 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12173

Förderwissen für den Klimaschutz – Informationsveranstaltung für Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen

SK:KK vor Ort

17. Januar 2019 in Naumburg/Saale

➔ www.difu.de/12099

Die Kommunalrichtlinie fördert Klimaschutz – Fokus Förderung von Personal

SK:KK-Webinar

22. Januar 2019

➔ www.difu.de/12038

Förderwissen für den Klimaschutz – Informationsveranstaltung für Mecklenburg-Vorpommern

SK:KK vor Ort

23. Januar 2019 in Stralsund

➔ www.difu.de/12096

ÖPNV und Digitalisierung – Nutzen der Vernetzung und Automatisierung

Difu-Seminar

31. Januar–1. Februar 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12103

Kooperative Baulandentwicklung – eine Zwischenbilanz

Difu-Dialog

13. Februar 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12179

Kultur in der Stadt – Anspruch, Realität und Perspektiven

Difu-Seminar in Kooperation mit der Landeshauptstadt Wiesbaden

21.–22. Februar 2019 in Wiesbaden

➔ www.difu.de/12107

Leistungsfähige Stadt – zwischen Wohnungsbau und Bestandspolitik

Difu-Seminar

11.–12. März 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12111

Wie kann Produktion wieder gut in die Stadt integriert werden?

Difu-Dialog

13. März 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12175

Neue Ideen finden Stadt!

Difu-Seminar in Kooperation mit dem ILS

13.–14. März 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12118

Produktive Stadt – neue Chancen für nachhaltige urbane Quartiere?

Difu-Seminar

18.–19. März 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12120

Neue Fahrradverleihsysteme – Fluch oder Segen?

Difu-Seminar

21.–22. März 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12122

Naturschutz im urbanen Raum? Biologische Vielfalt in der Stadt!

Seminar

28.–29. März 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12124

Beteiligung bei kommunalen Verkehrsprojekten – Anforderungen und Erfahrungen

Difu-Seminar

1.–2. April 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12126

Demografischer Wandel – alle Probleme gelöst?

Difu-Seminar

8.–9. April 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12128

Automatisiertes Fahren in Städten – Chance für den Verkehr oder Kollaps?

Difu-Dialog

10. April 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12181

Wettbewerbe und Partizipation – Widerspruch oder Bereicherung?

Difu-Seminar

13.–14. Mai 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12130

Strategisches Wissen in der Verkehrsplanung IV – Führungskräfte-Seminar

Difu-Seminar in Kooperation mit dem DST

13.–14. Mai 2019 in Köln

➔ www.difu.de/12132

Mit Starkregen umgehen – Überflutungsvorsorge und Katastrophenmanagement

Difu-Seminar in Kooperation mit der Stadt

Nürnberg

16.–17. Mai 2019 in Nürnberg

➔ www.difu.de/12134

Hitze in der Stadt – kommunale Klimavorsorge

Seminar in Kooperation mit der Stadt

Düsseldorf

22.–23. Mai 2019 in Düsseldorf

➔ www.difu.de/12150

Stadterneuerung im Dialog – 49. Interkommunaler Erfahrungsaustausch

Difu-Erfahrungsaustausch in Kooperation mit dem Bezirk Berlin-Lichtenberg

22.–24. Mai 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12136

Praxis-Check „Urbanes Gebiet“ – Werkstattberichte und Erfahrungsaustausch

Difu-Seminar

3. Juni 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12138

Energiemanagement für Anfänger – ein systematischer Ansatz für Kommunen

Difu-Seminar

4.–5. Juni 2019 in Köln

➔ www.difu.de/12140

Jahrestreffen 2019 der Difu-Zuwender

13.–14. Juni 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12185

Grünflächen unter Nutzungsdruck – Konflikte, Akteure, Lösungsansätze

Difu-Seminar

17.–18. Juni 2019 in Berlin

➔ www.difu.de/12142

Details, Einzelprogramme und Online-Anmeldung stets aktuell im Difu-Internet:

➔ www.difu.de/veranstaltungen

Fortbildungssekretariat:

+49 30 39001-258/-243/-148
fortbildung@difu.de

Neues aus der Fahrradakademie – Veranstaltungen im neuen Jahr

Die wirksame Umsetzung von Radverkehrsmaßnahmen steht im Zentrum der Arbeit der Fahrradakademie am Difu. Das Fortbildungsprogramm 2018/2019 greift u. a. Themen wie Verkehrsknotenpunkte, Pendlerverkehr und Flächennutzungskonkurrenzen auf.



Foto: Sebastian Bührmann



Fahrradstraße in Freiburg

Mehr Radverkehr ist eine gute Sache, da ist man sich vielfach einig. Aber wie kann man erfolgreiche Lösungen im schwierigen Kontext von Flächenkonkurrenzen, rechtlichem Rahmen und unter Einbindung verschiedenster Akteure wirksam umsetzen?

Mit Spannung wurden die Ergebnisse der im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVi) durchgeführten Erhebung „Mobilität in Deutschland (MiD)“ aus dem Jahre 2017 erwartet (letzte Erhebung war 2008). Wer jedoch mit einem deutlichen Anstieg des Radverkehrsanteils gerechnet hatte, wurde enttäuscht. Von 2008 bis 2017 stieg der Anteil im Modal Split bundesweit nur von zehn auf elf Prozent. Das Ziel des Nationalen Radverkehrsplans von 15 Prozent im Jahr 2020 scheint nicht mehr erreichbar; umso mehr ein Grund, in der Radverkehrsförderung noch aktiver zu werden. Natürlich gibt es auch Erfolgsgeschichten in einigen Städten, die den Radverkehrsanteil in dieser Zeit deutlich steigern konnten. Die Fahrradakademie am Difu trägt dazu bei, dass gute Beispiele erfolgreicher Maßnahmen Verbreitung finden. Dies erfordert solide Grundkenntnisse des Regelwerks und Planungsmodelle, die allein aber häufig nicht ausreichen, um eine Idee bis zur erfolgreichen Umsetzung voranzutreiben. Daher wird in den Veranstaltungen der Fahrradakademie Wert darauf gelegt, auch die Prozesse hinter der Umsetzung zu beleuchten und den Teilnehmenden der Seminare Gelegenheit zu geben, sich intensiv über ihre Erfahrungen auszutauschen sowie wirksame Umsetzungsstrategien zu entwickeln.

Das Jahresprogramm 2018/2019 startet mit der Seminarreihe „Radverkehr an Knotenpunkten (Vertiefungsseminar)“, die bis zum Jahresende eine intensive Beschäftigung mit diesem – besonders für den sicheren Radverkehr wichtigen Thema – anbietet.

Weitere Themen des kommenden Jahresprogramms werden sein:

- Kampagnen und Aktionen für einen sicheren Radverkehr (Februar/März 2019),
- Strategien und Maßnahmen, um Pendler auf das Fahrrad zu bekommen (März/April 2019),
- Zielkonflikte und Flächenkonkurrenzen bei der Radverkehrsplanung – mit Exkursionselementen in Heidelberg, Augsburg und Köln (Juni 2019).

Zudem findet am 27./28. November 2018 unter dem Motto „Radverkehr in der Stadt-Umland-Beziehung“ die 12. Fahrradkommunalkonferenz der Fahrradakademie in Osnabrück statt. Termine, Programmdetails und Anmeldeöglichkeiten zu den Seminarreihen und zur Kommunalkonferenz sind auf der Website der Fahrradakademie zu finden (siehe auch auf S. 23 und 24).

Das Schwesterprojekt „Fahrradportal“ ist übrigens die wichtigste deutschsprachige Online-Quelle für Fachinformationen und Neuigkeiten rund um das Thema Radverkehr und bietet wertvolle Anregungen. Gefördert werden Fahrradakademie und Fahrradportal durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.



www.bit.ly/2nlbdYp
www.nrvp.de



Sebastian Bührmann
M.A., PBD Urb.
(SFU Canada)
+49 30 39001-108
buehrmann@difu.de

Dipl.-Geogr.
Tobias Klein
+49 30 39001-175
klein@difu.de

Mobilitätskonzepte: Technischer Hype versus Praxistauglichkeit

Die im Difu-Seminar geführte Diskussion über Erfahrungen mit neuen Mobilitätskonzepten in wachsenden Städten führte umgehend zur intensiven Erörterung des Reizthemas Pkw-Stellplätze.

Der Bevölkerungszuwachs in vielen deutschen Großstädten führt zur Verdichtung und zu neuen Stadterweiterungen. Verbunden mit der weiter wachsenden Motorisierung kommt das Verkehrssystem damit an seine Grenzen. Die Verkehrswende wird gefordert, doch ist davon in den gerade veröffentlichten Zahlen der Umfrage „Mobilität in Deutschland 2017“ noch nichts zu erkennen. Neue Mobilitätsangebote wie Car- und Bikesharing boomen, fristen allerdings – bezogen auf die gesamte Verkehrsleistung – noch ein Nischendasein.



Foto: Jürgen Gies

Bieten vielleicht neue Stadtquartiere die Chance, in der Umbruchsituation eines Umzugs andere Mobilitätsroutinen zu ermöglichen, neue Mobilitätsangebote auszuprobieren und den privaten Pkw-Besitz deutlich zu reduzieren? Dieser und weiteren Fragen gingen Teilnehmende eines Difu-Seminars im Juni in Berlin nach. Diskutiert wurden dabei u.a. aktuelle Erfahrungen mit neuen Mobilitätskonzepten in verschiedenen Stadtquartieren, wie in Darmstadt-Lincoln, München-Domagkpark oder Zürich-Kalkbreite.

Ein wohnungsnaher Stellplatz ist eine wesentliche Determinante für die Attraktivität des privaten Pkw. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass die Stellplatz-Thematik im Seminar breiten Raum einnahm. In innovativen Mobilitätskonzepten wird die Anzahl von Pkw-Stellplätzen reduziert und eine Trennung von der Wohnung nicht nur räumlich, sondern auch bei den Kosten vorgenommen. Man erhält einen Stellplatz

nicht mehr automatisch mit der Anmietung oder dem Kauf einer Wohnung, sondern Pkw-Besitzer müssen diesen zusätzlich erwerben bzw. mieten. Stellplätze sind ein wesentlicher Kostenfaktor im Wohnungsbau, und bei Tiefgaragen sind diese im wahrsten Sinne des Wortes versunken, weil es für Tiefgaragen kaum alternative Nutzungsmöglichkeiten gibt.

Die in Deutschland bisher übliche starre Zuordnung von Stellplätzen zu Wohnungen zeigt deutliche Schwachpunkte, wenn der Stellplatzbedarf über einen längeren Zeitraum betrachtet wird. Mit dem Lebenszyklus einer Familie gehen typischerweise Unterschiede beim Pkw-Besitz einher: Sobald Kinder im Haus sind, wird beispielsweise ein Pkw erstmals angeschafft, wenn beide Elternteile arbeiten, könnten je nach der Lage der Arbeitsplätze zwei Pkw notwendig werden und nach dem Auszug der Kinder und im Ruhestand gibt es möglicherweise wieder keinen Pkw im Haushalt. Die „richtige“ Stellplatzzahl für jede Wohnung ist somit nicht leicht zu bestimmen, weshalb flexible Lösungen, wie sie beispielsweise Quartiersgaragen bieten können, in den Fokus rücken. Ausgelotet werden sollte darüber hinaus, inwieweit im Tagesverlauf Doppelnutzungen von Stellplätzen für den gewerblichen und privaten Gebrauch realisiert werden könnten.

Ein besonderes Augenmerk erfordern Stellplätze auf privatem Grund, weil diese – sind sie einmal errichtet – einer kommunalen Steuerung weitgehend entzogen sind. In diesem Zusammenhang wurde im Seminar diskutiert, ob Stellplätze – analog zur Wasserver- und Abwasserentsorgung – generell als öffentliche Aufgabe eingeordnet und durch die Kommune bewirtschaftet werden sollten.

Die Diskussion über Stellplätze und Stellplatzkonzepte entwickelte sich schnell zum roten Faden in dem Seminar, da sie der Schlüssel nicht nur für Mobilitätslösungen, sondern auch für die Straßenraumgestaltung insgesamt sind. Nicht zuletzt eröffnet eine verringerte Anzahl von Stellplätzen Raum für andere Nutzungen wie Aufenthalt, Radfahren und Zufußgehen.



www.difu.de/11502



Dipl.-Geogr. Uta Bauer

+49 30 39001-151

bauer@difu.de

Dr. phil. Jürgen Gies

+49 30 39001-240

gies@difu.de

Neue freie Fahrradverleihsysteme in Städten – Chance oder Risiko?

Diese und weitere aktuelle Fragen diskutierten Verkehrsfachleute im Juni im Rahmen eines Difu-Workshops in der Stadt Bremen. Dabei ging es auch um den individuellen Umgang der Städte mit Anbietern und die Forderung nach einheitlicheren Regelungen.

Als im Frühjahr 2017 in München von einem Tag auf den anderen plötzlich 7000 Leihräder im öffentlichen Raum standen oder lagen, war die Bevölkerung verärgert, zumal fast niemand die Räder nutzte. Der Anbieter OBIke hatte neben negativer Medienberichterstattung in Deutschland auch mit finanziellen Problemen zu kämpfen, da auf dem Heimatmarkt Singapur Gebühren für Leihradanbieter eingeführt wurden. Inzwischen hat OBIke den Betrieb eingestellt. Öffentliche Fahrradverleihsysteme gehören mittlerweile nicht nur in deutschen Städten, sondern weltweit zum Standard. Bikesharing ist vermutlich kein kurzer Hype, sondern Vorbote eines zunehmend durch Plattformen der Digitalbranche organisierten Markts. Millionen stationsloser Leihräder gehören chinesischen Finanzinvestoren aus der Digital- und Mobilitätswirtschaft. MoBIke wurde kürzlich für 2,7 Mrd. US-Dollar an den chinesischen Online-Allrounder Meituan-Dianping verkauft, und Ofo gehört teilweise dem chinesischen IT-Riesen Alibaba.

In Deutschland, wo rein statistisch fast jeder Einwohner ein eigenes Fahrrad hat, bieten Mieträder daher vor allem ein zusätzliches Angebot für Menschen, die ihr Privatrad als Pendler oder Besucher der Innenstadt nicht dabei haben. Berlin ist in Deutschland zum Testmarkt geworden, da der Markt stark in Bewegung ist. Noch im Juni 2018 waren neben den beiden klassischen deutschen Anbietern Nextbike (mit einem Auftrag des Berliner Senats) und Deutsche Bahn (unter der Marke Lidl-Bike) auch Mobike, Ofo, Obike und etwa fünf weitere freie Fahrradverleihsysteme mit insgesamt 16.000 Rädern auf den Straßen, im Herbst 2018 sind Ofo und OBIke bereits nicht mehr dabei. In weiteren deutschen Städten wurden internationale Anbieter vorgestellt, um den geplanten Markteintritt vorzubereiten, ohne dass es bislang dazu kam.

Wie Kommunen mit dieser Thematik umgehen können und sollten, dies war Inhalt des vom Difu angebotenen Workshops in Bremen. Die Diskussion zeigte, dass die meisten Kommunen einerseits die neuen Mobilitätsangebote für Pendler, Passanten und Besucher begrüßen. Andererseits stören jedoch die im öffentlichen Raum ungeordnet abgestellten Räder. Eine intensiv diskutierte Frage war deshalb, ob auch Leihradsysteme ihre Räder im Rahmen des Gemeingebrauchs

auf öffentlichen Straßen anbieten dürfen, der ja grundsätzlich das Fahrradparken auf Gehwegen erlaubt. Bremen stand damals unmittelbar vor dem Start seines örtlichen Leihradsystems der Marke WK (WESER-KURIER)-Bike. Inzwischen gibt es im Bremer Stadtgebiet 40 Leihstationen, und in der Innenstadt und der Neustadt gibt es zwei Flexzonen, in denen Räder gemietet und abgestellt werden können. In Bremen braucht jeder Anbieter eine gebührenpflichtige Sondernutzungsgenehmigung und bekommt Auflagen zu den Standorten der Leihstationen und zum Umgang mit abgestellten und defekten Rädern. Die jährliche Gebühr (10 Euro/Rad) bemisst sich nach der Zahl der Räder.

Andere Kommunen verfolgen andere Strategien: So dürfen in München Anbieter stationsloser Systeme maximal zehn Räder an einem Ort platzieren; die Umverteilung bzw. Entnahme defekter Räder muss innerhalb von 24 Stunden erfolgen. Köln hingegen hat Verbotszonen festgelegt, damit in denkmalgeschützten Bereichen am Rhein und in der Innenstadt keine Stationen eingerichtet und Leihräder abgestellt werden. Neue Anbieter werden in Köln zu einem Auftaktgespräch geladen, mit den Verbotszonen vertraut gemacht und per „Agreement“ darauf verpflichtet. Und in Frankfurt/Main gibt es ein Merkblatt mit Regeln, das Gespräch mit neuen Anbietern und Gestattungsverträge zu Rückgabazonen.

Gemeinden, die noch kein öffentliches Fahrradverleihsystem haben, wurde empfohlen, Zuschüsse und ein Vergabeverfahren zu planen, Abstellbereiche auszuweisen und Qualitätsvorgaben machen (Gütesiegel). In den Landesstraßengesetzen sollten Leihradzonen („Free-float-Bereiche“) erlaubt werden und/oder auf Bundesebene im § 29 StVO „übermäßige Straßennutzung“ eine spezifische Regelung erhalten.



Foto: WK Bike



www.difu.de/12122



Dipl.-Volkswirt
Tilman Bracher
+49 30 39001-260
bracher@difu.de

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Kommunale Wärmeplanung – Gestaltung der Energiewende vor Ort

Wärmeplanung gilt als neuer Handlungsansatz für Kommunen, um der Wärmewende neuen Schwung zu verleihen. Doch was kann und soll Wärmeplanung leisten? Dieser Frage widmeten sich Fachleute in zwei Veranstaltungen des Difu.

Wärmeplanung ist ein informelles Instrument zur Gestaltung der Wärmewende. Im Rahmen eines Difu-Seminars diskutierten im September rund 30 Fachleute Inhalte und Aufgaben kommunaler Wärmeplanung. Die Planung soll – unter Erhalt der Versorgungssicherheit – dazu beitragen, CO₂ zu vermeiden, auf klimaschonende Wärmequellen umzustellen, sinnvolle Investitionen zu ermitteln und die Preise möglichst stabil zu halten. Neben Impulsen aus Wissenschaft und Praxis stärkten zwei Beiträge aus Salzburg (Österreich) und Dänemark die internationale Perspektive. Dort ist Wärmeplanung teils schon seit Jahrzehnten ein Thema, stärker formalisiert und zielt auf die Schnittstelle von Energie- und Stadtplanung.

Für die kommunale Praxis in Deutschland lassen sich zwei Sichtweisen unterscheiden: Für Einige steht Wärmeplanung als Begriff für den Einstieg der Kommune in das Handlungsfeld „Wärme“ und umfasst alle kommunalen Aktivitäten, die der Unterstützung der lokalen Wärmewende dienen. In einem engeren Sinne dient der Wärmeplan dazu, Aktivitäten verschiedener Akteure hinsichtlich Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien zu koordinieren. Erst die Orientierung an den Klimaschutzziele bringt dabei den notwendigen Ambitionsgrad der dabei hilft, bestehende und geplante Aktivitäten einzuordnen und Lücken aufzuzeigen.

Eine solide Daten- und Informationsgrundlage zu Infrastrukturen, Siedlungsstrukturen und deren Wärmebedarfen, Wärmepotenzialen und Zukunftsszenarien ist entscheidend für die kommunale Wärmeplanung. Dafür ist die räumliche Zuordnung und Aufbereitung mithilfe geographischer Informationssysteme unverzichtbar. Die Stadt München beispielsweise baut momentan eine zentrale Datenbank auf, die als Grundlage für möglichst viele Themen – auch über Wärme hinaus – dient. Diese soll dann von vielen verschiedenen Akteuren innerhalb der Verwaltung genutzt und gepflegt werden.

In einem weiteren Block wurden Instrumente für die kommunale Wärmewende vertiefend diskutiert. Rechtliche Steuerungsinstrumente und Finanzierungsaspekte wurden genauso diskutiert wie die vielfältigen Erfahrungen des Frankfurter

Energierats mit den Festsetzungsmöglichkeiten des BauGB. Betont wurde in der Diskussion aber auch, dass das Thema Wärme nicht nur für Großstädte, sondern auch für kleinere Städte und Gemeinden und Landkreise relevant ist.



Foto: Robert Riechel

Den Abschluss des Seminars markierte eine Exkursion ins Märkische Viertel im Norden Berlins, wo sich Wärmeplanung auf Quartiersebene anschaulich vor Ort studieren lässt. Das öffentliche Wohnungsunternehmen Gesobau und der Fernwärmeversorger Vattenfall erläuterten die umfassende Modernisierung der Bausubstanz unter Berücksichtigung ambitionierter energetischer Standards sowie die Umrüstung des Kraftwerks auf Biomasse.

Schon im Mai 2018 fand der Strategieworkshop „Wärmewende Berlin“ statt, der von Heinrich-Böll-Stiftung, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Agentur für erneuerbare Energien und Difu gemeinsam organisiert wurde. Rund 90 Personen aus lokaler Fachöffentlichkeit und Zivilgesellschaft diskutierten, wie sich das in der Koalitionsvereinbarung der Berliner Landesregierung verankerte Instrument der Wärmeplanung mit Leben füllen lässt. Mit Fokus auf die Hauptstadt bot die Veranstaltung im Rahmen von drei Fokusgruppen-Workshops Raum für Energieversorger, Wohnungswirtschaft sowie Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, ihre Erwartungen an Wärmeplanung zu formulieren, Bedenken zu äußern und mögliche Beiträge zu skizzieren.



www.bit.ly/2L1Ce6c



Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 2213 4030 826
walter@difu.de



Beteiligung von Kindern an Hilfeplanverfahren

Wie kann die richtige Hilfe für Kinder, Jugendliche und ihre Familien gefunden werden? Diese und weitere Fragen wurden im Rahmen des Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis – Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“ diskutiert.

Am 28. und 29. Juni fand das 6. Expertengespräch des am Difu eingerichteten Dialogforums „Bund trifft kommunale Praxis – Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“ statt. Unter dem Titel „Entscheidungen im Dialog. Beteiligungsverfahren in der gemeinsamen Ausgestaltung von Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien“ wurde diskutiert, wie Hilfen für Kinder, Jugendliche und Eltern gemeinsam mit ihnen ausgestaltet werden können. Wie können sie angemessen an der Hilfe-/Teilhabeplanung und an allen sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden? Wie können Beschwerdeverfahren etabliert werden und einen Beitrag zur Stärkung der Rechte und zum Schutz von Kindern leisten? Zu Beginn der Veranstaltung stellte Dr. Heike Schmid-Obkirchner, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Anwesenden die inhaltlichen Schwerpunkte der Kinder- und Jugendhilfe vor, die sich aus den Vorgaben des Koalitionsvertrages ergeben, insbesondere

- Bedarfsgerechtigkeit und Wirksamkeit der Hilfesysteme sowie Kooperation aller relevanten Akteure sicherstellen,
- Kinderinteressen bei Fremdunterbringung sichern,
- Kinder vor Gefährdungen jeglicher Art schützen und präventive sozialräumliche Angebote stärken.

Diese Schwerpunkte sollen auf Basis des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) der vorherigen Legislaturperiode weiterentwickelt werden. Im Vorfeld eines geplanten Gesetzgebungsverfahrens soll es bis Ende 2019 einen breit angelegten Beteiligungsprozess mit Akteuren aus Wissenschaft und Praxis der Kinder- und Jugendhilfe und der Behindertenhilfe, den Ländern und Kommunen geben. Auch die bisherigen und zukünftigen Ergebnisse des Dialogforums sollen Berücksichtigung finden. Darüber hinaus ist geplant, Erfahrungen von Beteiligten und Betroffenen mit Blick auf systemischen und strukturellen Änderungsbedarf wissenschaftlich zu erfassen und auszuwerten. Nach Auswertung des Beteiligungsprozesses soll dann ein Gesetzentwurf erstellt werden.

Barbara Vieweg, Stellvertretende Geschäftsführerin der Interessenvertretung „Selbstbestimmt



Leben in Deutschland“, beschrieb in ihrem Vortrag, was es heißt, Kinder wirklich zu beteiligen. Anhand des Stufenmodells zur Partizipation stellte sie dar, dass es sich nur um Vorstufen von Partizipation handelt, wenn man Kinder beim Hilfeplangespräch dabei sein lässt, sie über Entscheidungen oder Formulierungen in Akten informiert und sie bestenfalls um ihr Einverständnis bittet. Kinder wirklich zu beteiligen heiße hingegen, das Setting zur Hilfeplanung so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche über die Hilfe, die sie bekommen sollen, mitbestimmen können, dass sie selber sagen, welche Hilfe sie sich vorstellen und bei Entscheidungen entweder mitsprechen oder diese selbst treffen können.

Eine gemeinsame Erkenntnis war auch, dass Beteiligung Zeit und andere Ressourcen braucht und die Rahmenbedingungen entsprechend gestaltet werden müssen. Der Frage, wie Kinder mit Beeinträchtigungen, Behinderungen oder Krankheiten beteiligt werden können, kam Prof. Dr. Michael Kölch in seinem Vortrag näher. Nach den Monitoring-Ergebnissen des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) weisen medizinisch-therapeutische Settings ein erhöhtes Missbrauchsrisiko auf, weshalb die betreffenden Institutionen Schutzkonzepte entwickeln sollten. Empfehlungen für den Rahmen der Inhalte solcher Schutzkonzepte hat der „Runde Tisch Sexueller Kindesmissbrauch“ in einem Abschlussbericht formuliert. Kölch stellte beispielhaft den Verhaltenskodex einer Einrichtung sowie eine Freisprechanlage zum Patientenfürsprecher und den umliegenden Jugendämtern vor, die jederzeit von den Kindern selbst bedient werden kann.

Weitere Inhalte, Erkenntnisse und Verbesserungsvorschläge werden online dokumentiert.



www.bit.ly/2CyNNy5



Jessica Schneider,
M.Sc.PH
+49 30 39001-140
jschneider@difu.de

Zehn Jahre Kommunalrichtlinie – lokal Handeln, global Klima verbessern

Die Erfolgsgeschichte wird weitergeführt: Globales Denken, lokales Handeln gelten als eine prägende Maxime, wenn es um Nachhaltigkeit und Klimaschutz geht. Die Inhalte der Kommunalrichtlinie greifen diese auf.



Mit der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie) unterstützt das Bundesumweltministerium seit zehn Jahren Kommunen sowie kommunale Akteure dabei, ihre Treibhausgasemissionen zu reduzieren und Klimaschutzmaßnahmen vor Ort umzusetzen. Die Kommunalrichtlinie ist Teil der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), mit der das Bundesumweltministerium unterschiedlichste Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland fördert und initiiert. Seit 2008 haben rund 12.500 Projekte in mehr als 3.000 Kommunen von der Förderung über die Kommunalrichtlinie profitiert. Von Anfang an mit dabei: das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu. Hier werden Kommunen und kommunale Akteurinnen und Akteure zu den Fördermöglichkeiten der NKI und den Handlungsoptionen im Klimaschutz informiert und beraten. Allein durch die Kommunalrichtlinie wurden mit einem Gesamtfördervolumen von 560 Millionen Euro Klimaschutzinvestitionen von rund 1,5 Milliarden Euro ausgelöst.

Ab 1. Januar 2019 stehen kommunalen Akteuren noch mehr Möglichkeiten zur Verfügung, um sich mit Förderung des Bundesumweltministeriums im

Klimaschutz zu engagieren. Mit der novellierten Kommunalrichtlinie unterstützt das Ministerium die Kommunen dabei, Klimaschutzmaßnahmen vor Ort kurzfristig umzusetzen und dabei das große Ganze im Blick zu behalten. Daher können Kommunen Personalstellen für das Klimamanagement künftig gleichzeitig mit dem passenden Klimaschutzkonzept beantragen. So gehen Umsetzungsstärke und strategischer Weitblick Hand in Hand. Neben bewährten Förderschwerpunkten umfasst die novellierte Richtlinie auch viele neue Fördermöglichkeiten, wie zum Beispiel die Einführung eines kommunalen Energie- und Umweltmanagements. Neu im Förderprogramm sind außerdem Potenzialstudien, die Kommunen dabei helfen, konkrete Klimaschutzmaßnahmen zu identifizieren und umzusetzen. Zusätzliche Fördermöglichkeiten entstehen auch im Bereich der kommunalen Trinkwasser- und Abwasserinfrastruktur sowie im Bereich der Abfallentsorgung und der nachhaltigen Mobilität.

Egal wo Kommunen in Sachen Klimaschutz stehen: Die Kommunalrichtlinie erleichtert den Einstieg, unterstützt bei der Umsetzung erster Maßnahmen und hilft dabei, Klimaschutz dauerhaft (vor Ort) zu verankern.



www.bit.ly/2vFZpqY
www.difu.de/9876



Philipp Reiß
+49 30 39001-186
reiss@difu.de



3 Fragen an Prof. Dr. Carsten Kühl, Difu-Institutsleiter seit August

Nach den ersten 100 Tagen: Haben Sie Ihre Entscheidung für das Difu bereut, seit Sie es von innen kennen?

Nein, überhaupt nicht! Mit jedem weiteren Tag wird mir immer mehr bewusst, was für ein exzellentes Institut das Deutsche Institut für Urbanistik für alle kommunalen Fragestellungen ist. Dank des großen Engagements, der Kompetenz und Kreativität der Mitarbeiterschaft ist es uns möglich, den Kommunen mit interdisziplinären Forschungsergebnissen und praxisorientierten Fortbildungsangeboten als Ratgeber zur Seite zu stehen und sie für die kommenden Herausforderungen gut zu unterstützen. Mit meinen Erfahrungen in angewandter Forschung, Mitarbeiterführung und mit verschiedenen Institutionen des öffentlichen Sektors möchte ich dazu beitragen, den guten Ruf des Instituts zu sichern und zu mehren.

Was sind die Difu-Forschungsthemen in der nächsten Zeit?

Wohnraumversorgung steht ganz oben auf der Agenda. Hier hat das Difu mit der Roadmap Bodenpolitik wichtige Impulse gegeben und wird auch weiterhin intensiv dazu arbeiten. Vielfalt ist nicht erst seit 2015 ein Thema. Es ist wichtig, gute Ideen für ein friedliches Miteinander zu entwickeln auch damit gegen die zunehmende gesellschaftliche Spaltung anzugehen. Kommunaler Klimaschutz ist kein Modethema, er muss in alle Handlungsebenen integriert und als ständige Aufgabe verstanden werden. Wie umweltverträgliche Mobilität umgesetzt werden kann, so dass dem gewachsenen Mobilitätsbedarf entsprochen wird und die Stadt nicht im Stau erstickt, ist eine weitere zentrale Aufgabe. Last, but not least sind Infrastruktur und Digitalisierung für die Kommunen ein wichtiges Zukunftsfeld: Hier geht es neben Versorgungsfunktionen natürlich auch um das Thema Sicherheit.

Wo wollen Sie neue Akzente setzen?

Neben der Bearbeitung von Forschungsthemen ist eine weitere zentrale Aufgabe des Difu die praxisorientierte Fortbildung vorrangig kommunaler Führungskräfte in Berlin oder vor Ort in den Kommunen. Das Difu sollte meines Erachtens seine Beziehungen zu den Kommunen, Kommunalverbänden und Forschungseinrichtungen weiter stärken. Hierfür müssen wir die Kommunikation mit den Partnern ausbauen und möglicherweise auch über neue Formate zur Anbahnung von Begegnungen nachdenken. Als größtes Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum sind wir als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik in einer einzigartigen Position. In der Zukunft kommt es darauf an, diese Potenziale noch intensiver zu nutzen.

Manja Estermann

unterstützt als Elternzeitvertretung seit September 2018 das Team im Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Köln. Die Kommunikationswissenschaftlerin und Germanistin wird in den Projekten „Kommunale Klimabühne – Wettbewerb Klimaaktive Kommune“, „Neue Impulse im Kommunalen Klimaschutz“ sowie bei der „Kommunalen Klimakonferenz“ u.a. im Veranstaltungsmanagement und in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit mitwirken. Nach dem Abschluss ihres Studiums sammelte Manja Estermann erste Erfahrungen im Bereich PR und Event im Agenturleben und arbeitete als Marketing-Managerin in einem großen Verlagshaus in Köln.

Detlef Landua

war von 2008 bis 2018 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales des Difu am Standort Berlin beschäftigt. Der Soziologe arbeitete zunächst als Projektleiter drei Jahre in einem Forschungsprojekt im Themenbereich der Jugendhilfe zu „Frühen Hilfen“ und unterstützte anschließend durch sein fundiertes methodisches Know-how eine Vielzahl von empirisch ausgerichteten und teilweise bereichsübergreifenden Forschungsprojekten. Detlef Landua war darüber hinaus bis Anfang 2018 Datenschutzbeauftragter des Difu.

Thomas Mohr

ist seit September 2018 am Difu-Standort Berlin in der neu geschaffenen Funktion als Teamleiter Finanzen & Controlling im Bereich der allgemeinen Verwaltung tätig. Nach dem Fachhochschulstudium zum Diplom-Finanzwirt wechselte er von der Steuerverwaltung in die Privatwirtschaft und sammelte über viele Jahre hinweg umfangreiche Erfahrungen in verschiedenen, teilweise internationalen Unternehmen und im Prüfungsbereich. Zuletzt war er als Kämmerer in einer Kleinstadt tätig und hat daher ein besonderes Verständnis für die kommunalen Belange und Bedürfnisse.

Carolin Wolf

die seit April 2016 wissenschaftliche Referentin der Institutsleitung am Standort Berlin war, hat das Difu Ende August 2018 verlassen, um sich neuen beruflichen Aufgaben bei der Berliner Lebenshilfe zuzuwenden. Sie hat in ihrer Zeit am Difu vor allem Projekte rund um die Umsetzung des internen Strategieprozesses bearbeitet. Schwerpunkte lagen dabei auf der Verbesserung des Kundenbeziehungsmanagements, auf dem Redesign des Corporate Designs des Difu sowie auf der Vorbereitung des geplanten Relaunchs der Webseite des Instituts.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Carsten Kühl (Foto: Tina Merkau), Manja Estermann, Detlef Landua, Thomas Mohr, Carolin Wolf (Fotos: Difu).



Smart City: Difu empfängt Delegation aus 16 Staaten

Difu-Wissenschaftler Dr. Jens Libbe empfing am 21. August eine Delegation mit Teilnehmenden aus sechzehn Staaten. Sie waren im Rahmen einer Themenreise des Auswärtigen Amtes in Deutschland. Ziel der Reise war es, den eingeladenen Fachjournalisten, Angehörigen von Stadtentwicklungs- und Planungsbehörden, Forschungseinrichtungen und Thinktanks innovative Lösungen für die Megastädte von morgen vorzustellen und anhand von Praxisbeispielen aus Wirtschaft und angewandter Forschung in Deutschland entwickelte Lösungen im Bereich Smart City darzustellen.

➔ www.bit.ly/2OvZfRs

Difu auf Fachtagung Gesundheit & Stadtplanung präsent

Difu-Wissenschaftlerin Christa Böhme referierte am 25. Juli in Erlangen auf der Fachtagung „Gesundheit & Stadtplanung“ zum Thema „Umweltgerechtigkeit – soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken!“ und moderierte einen Workshop zum Thema Umweltgerechtigkeit. Teilnehmende der Veranstaltung, die von von den Gesundheitsregionen Stadt Fürth, Stadt Nürnberg und Landkreis Erlangen-Höchststadt/Stadt Erlangen durchgeführt wurde, waren insbesondere Mitarbeiter von Stadtplanungs- und Gesundheitsämtern aus den drei Gesundheitsregionen. Ziel der Veranstaltung war es, zum Austausch zwischen Vertretern von Stadtentwicklung/-planung, Gesundheitsförderung und Politik anzuregen und auf diese Weise die Zusammenarbeit für ein ressortübergreifendes, integriertes Handeln zu stärken.

➔ www.bit.ly/2vBpkD2

Difu-Präsenz auf World Congress of Political Science in Australien

Beim 25. World Congress of Political Science, der vom 21.–25. Juli in Brisbane/Australien stattfand, präsentierte Difu-Wissenschaftlerin Corinna Altenburg Ergebnisse ihrer Dissertation zum Thema urbane Klimapolitik in den USA und Deutschland. Über 2.400 Wissenschaftler diskutierten aktuelle Forschungsfragen unter dem Leitthema „Borders and Margins“. Kommunale Trends wurden vor allem in den Sessions des Research Committees „Comparative Studies

on Local Government and Politics“ debatiert. Viele der aktuellen kommunalbezogenen Studien gingen auf die Herausforderungen ein, die sich durch globale Entwicklungen, wie Digitalisierung, Klimawandel oder Fluchtbewegungen ergeben. Auch der Einfluss von populistischen Tendenzen auf die Umsetzung der Energiewende und Bürgerpartizipation wird vermehrt untersucht.

➔ www.bit.ly/2wNqHzI

➔ www.bit.ly/2CroCYa

Difu auf Jahrestagung der International Society of Third-Sector Research in Amsterdam

Difu-Wissenschaftlerin Dr. Elke Bojarra-Becker berichtete am 12. Juli 2018 in einem Workshop bei der Jahrestagung der International Society of Third-Sector Research (ISTR) in Amsterdam über zwei Projekte zum Miteinander zwischen Zivilgesellschaft und Kommunen im Rahmen der Flüchtlingskrise. Beide Projekte wurden in Kooperation mit dem Maecenata Institut für Philanthropy und Zivilgesellschaft durchgeführt. In der anschließenden Diskussion mit den Teilnehmenden zeigte sich, dass insbesondere in skandinavischen Ländern ähnlich positive Lerneffekte und Erfahrungen wie in Deutschland spürbar sind. Ernüchternd waren die Eindrücke der Mitdiskutantin aus Österreich, die – auch hervorgerufen durch den Regierungswechsel – einen starken Rückzug des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe beschrieb.

➔ www.bit.ly/2MMXMAp

Difu-Umfrageergebnisse Civita-Konferenz vorgestellt

Difu-Wissenschaftlerin Martina Hertel stellte am 20. September auf der Jahreskonferenz des Civitas Forums, die vom 19. bis 21. September 2018 in Umeå, Schweden, stattfand, in der Session „National Policies for SUMP“ die Ergebnisse der kommunalen Umfrage zum Thema Verkehrsentwicklungsplan/SUMP, vor, die im Rahmen des Civitas-Projekts Prosperity erhoben worden sind.

➔ www.civitas.eu/forum2018

„Städtedialog: automatisierte und vernetzte Mobilität“ in Wien

Difu-Wissenschaftler Tilman Bracher nahm am 26. Juni 2018 in Wien an einem auf Initiative von AustriaTech, einer nachgeordneten Einrichtung des österreichischen Verkehrsministeriums, und der TU Wien, vorbereiteten Auftaktgespräch „Städtedialog: automatisierte und vernetzte Mobilität“ der D-A-CH-Staaten teil. Angesichts möglicherweise weitreichender Folgen für die Stadtgesellschaft und den öffentlichen Raum benötigen die Kommunen in Deutschland, Österreich und der Schweiz eine eigene, anbieterunabhängige Position zum automatisierten Fahren.

Difu auf Demografie-Kongress 2018 vertreten

Difu-Wissenschaftler Dr. Hendrik Scheller referierte am 20. September auf dem Demografiekongress in Berlin innerhalb des Forums: „Wie können finanzschwache Kommunen ihre Projekte finanzieren?“ zum Thema „Instrumente zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturen – zwischen Mobilisierung neuer Finanzmittel und administrativem Mehraufwand“. Veranstaltet wurde der Kongress vom WISO Institut für Wirtschaft und Soziales unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

➔ www.bit.ly/2AHB4a8

Online-Wegweiser Flüchtlinge aktualisiert

Seit seinem Start im Herbst 2015 aktualisiert das Difu laufend den Online-Wegweiser Flüchtlinge. Die Sammlung von Online-Quellen soll Kommunen bei der Recherche rings um das Thema Geflüchtete und Asylsuchende unterstützen. Die Linksammlung enthält (Fach)infos für Kommunalverwaltung und -politik, Infos für zivilgesellschaftliche Akteure in Kommunen sowie Informationen, die Kommunen für Geflüchtete und Asylsuchende bereitstellen können. Anregungen und Vorschläge zum Online-Wegweiser werden gerne entgegengenommen.

➔ www.difu.de/10376



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind Vorträge, Seminardokumentationen und -berichte, öffentlich zugängliche Online-Publikationen und viele weitere kommunalbezogene Informationen zu finden. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an diese exklusiven Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Heft sind Exklusiv-Inhalte mit dem Symbol  gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -Verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:
 www.difu.de/extranet/

Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:
 www.difu.de/institut/zuwender

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme mit dem Umgang oder Fragen bestehen, so unterstützt der Bereich Wissensmanagement des Difu gern bei der Herstellung des Zugangs:

Susanne Plagemann, M.A.
+49 30/39001-274
plagemann@difu.de

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Berichte 4/2018

 www.difu.de/12225

Umparken – den öffentlichen Raum gerechter verteilen
Zahlen und Fakten zum Parkraummanagement

 www.difu.de/12248

Vielfalt gestalten
Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

 www.difu.de/12236

Grundlegender Änderungsbedarf im Straßen- und Straßenverkehrsrecht

 www.difu.de/12226

Fokus: Energie- und Treibhausgasbilanzierung in Kommunen

 www.difu.de/12223

Geht doch! Grundzüge einer bundesweiten Fußverkehrsstrategie

 www.difu.de/12208

Jahrbuch

Einblicke: Die Jahre 2016 und 2017 im Difu

 www.difu.de/12029

Klimaschutz & Gebäudesanierung

 www.difu.de/12089

Veranstaltungsdokumentationen und Vorträge

Frühwarnsysteme für mehr Sicherheit

  www.difu.de/11887

Handel und Stadt – Neue Wege und Konzepte!?

  www.difu.de/12243

ÖPNV-Offensive in Stadt und Umland
Kurz-, Mittel- und Langfriststrategien

  www.difu.de/11881

Ganztagsschulen im Spannungsfeld zwischen Quantität und Qualität

  www.difu.de/11879

Integrierte Stadt(teil)-entwicklung – nicht ohne Gemeinwesenarbeit!

  www.difu.de/12237

Baukultur! Formelle und informelle Instrumente zur Qualitätssicherung und Stadtbildpflege

  www.difu.de/11875

Kommunale Wärmeplanung – Potenziale, Herausforderungen, Perspektiven

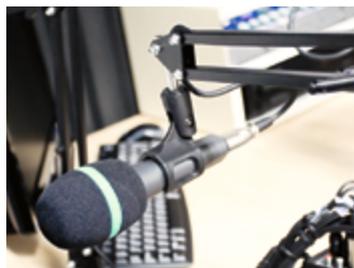
  www.difu.de/11873

Mehr bezahlbarer Wohnraum durch mehr Markt – genial oder irreal?

 www.difu.de/12247

Integrierte Strategien kommunaler Gesundheitsförderung: Kooperationen von Kommunen und Krankenkassen

  www.difu.de/12166



Presseresonanz – das Difu in den Medien:

In den nachfolgenden Beiträgen wurde das Difu erwähnt – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen direkt zu den Beiträgen.

Österreichische Gemeinde-Zeitung 10/2018

Deutsches Institut für Urbanistik: Rettet unsere Städte jetzt

Sieben Fragen an Prof. Carsten Kühl, Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik

➔ www.bit.ly/2RFURfR

Tagesspiegel, 11.10.2018

Deutsche Städte sollen für Fußgänger umgebaut werden

Das Umweltbundesamt will eine Verkehrsrevolution: Mit der autogerechten Stadt soll Schluss sein. Das steht in einem Papier zum Fußverkehrskongress in Berlin

➔ www.bit.ly/2SRhOxU

Tagesschau, 11.10.2018

Pläne für deutsche Städte Mehr Fußgänger, weniger Autos

Die Vorstellungen des Umweltbundesamtes für deutsche Städte klingen ambitioniert: Autos sollen zurückgedrängt, Fußgänger gestärkt werden. Unter anderem solle dafür die Zahl der Parkplätze drastisch reduziert werden.

➔ www.bit.ly/2qBccv2

ZDF frontal21, 25.9.2018

Teurer Wohnen

Mit einem Bündel von Maßnahmen will die Bundesregierung die hohen Wohn- und Mietkosten dämpfen, die vor allem in deutschen Städten und Ballungsgebieten explodieren und bezahlbaren Wohnraum zur Mangelware werden lassen.

➔ www.bit.ly/2N8cguS

WDR 5 Morgenecho, 20.9.2018

Bauen gegen die Wohnungsnot: Städte müssen aktiver werden

In allen Großstädten Deutschlands gehen die Mieten durch die Decke. Erschwingliche Wohnungen müssen gebaut werden. Die Möglichkeiten der Städte seien aber beschränkt. „Wir brauchen eine neue Bodenpolitik“, fordert Ricarda Pätzold vom Difu.

➔ www.bit.ly/2R3FMVZ

Deutschlandfunk, 19.9.2018

Bezahlbarer Wohnraum: Zu viele Regeln immerwährend zu ändern, ist nicht gut

Ein Problem, zu viele Instrumente – Ricarda Pätzold vom Difu fordert mehr Kontinuität in der Wohnungspolitik. „Wir können nicht jede Woche neue Steuererleichterungen, einen neuen Anreiz verkünden“, sagte sie im Df. Zudem sei es an den Kommunen, wieder mehr zu bauen.

➔ www.bit.ly/2ODKyb1

Süddeutsche Zeitung, 14.9.2018

Träume in der Wüste

Einige Schwellenstaaten planen ganze Städte auf dem Reißbrett. Dort soll das funktionieren, was in den alten Metropolen nicht läuft. Manches Projekt scheitert jedoch schon im Ansatz.

➔ www.bit.ly/2PRVPoh

DEMO Online, 13.9.2018

Neue Nahverkehrsmodelle als Chance für bessere Mobilität

Neue Bedienformen im Nahverkehr können eine Chance für bessere Mobilität sein. Voraussetzung dafür ist eine konsequente Regieführung und weitere Unterstützung durch den Bund.

➔ www.bit.ly/2NJXOot

Tagesspiegel, 9.9.2018

Fördergelder für Kommunen: Wenn der Segen zum Fluch wird

Die Milliarden in den Fördertöpfen des Bundes für die Kommunen fließen nur stockend ab. Ein Grund könnte sein: Zu viele Programme, zu wenig Vertrauen.

➔ www.bit.ly/2CLtTkg

Rhein-Neckar-Zeitung Online, 5.9.2018

Der Terror und die Stadtplanung – Wenn Poller nichts bringen

Autos, Laster, Flugzeuge – viele Städte in der westlichen Welt wurden Schauplatz von Terror. Das verändert den öffentlichen Raum. Poller werden aufgestellt, Blumenkübel hingehängt, Videokameras aufgehängt. Doch Experten bezweifeln den Nutzen der Verbarrikadierung.

➔ www.bit.ly/2CIGFgH

Süddeutsche Zeitung, 2.9.2018

Deutschland kämpft um seine Flächen

Boden wird in Deutschland immer teurer – auf dem Land und in der Stadt. Das betrifft alle und wird in vielen Orten zu einer sozialen Frage. Auf Äckern und in Metropolen wird deshalb umgedacht.

➔ www.bit.ly/2olhyn2

EUWID Wasser und Abwasser, 22.8.2018

Difu veröffentlicht Broschüre zur kommunalen Überflutungsvorsorge

Einhergehend mit dem Klimawandel werden Städte und Kommunen (auch) vor die Herausforderung gestellt, wie sie bei zunehmenden Überflutungen vorsorgen können. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Vertretern aus Wasser- und Abwasserwirtschaft, Städten und Gemeinden hat das Difu eine Studie erarbeitet.

➔ www.bit.ly/2NNHWa5

Die Welt, 16.8.2018

Fernstraßenbrücken im bedenklichen Zustand

Der Renovierungsbedarf von Brücken steigt durch die hohe Belastung von LKWs und starkem Verkehr. In Deutschland ist deswegen nur jede vierte Brücke in einem guten Zustand. Eine Studie des Difu gibt Aufschluss darüber, dass oft viele Abnutzungserscheinungen beim Bau der Brücken noch nicht absehbar sind.

➔ www.bit.ly/2wKeefG

Behörden Spiegel, 10.8.2018

Neuer Institutsleiter im Deutschen Institut für Urbanistik

Prof. Dr. Carsten Kühl ist neuer Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) mit Sitz in Berlin und Köln. Der 56-jährige Honorarprofessor im Fach Finanzwissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer folgt auf Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, der das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum seit 2013 leitete.

➔ www.bit.ly/2xKQGb4

Berliner Zeitung, 30.7.2018

Bezirke votieren einstimmig: Vermieter sollen für Leihrad-Chaos zahlen

Was bereits seit einiger Zeit immer deutlicher wird, ist, dass die Zunahme an Leihradanbietern vermehrt für ein Chaos in Berlin sorgt. So wird regelrecht von einem „Wildwuchs“ berichtet. Um praktikable Lösungen zu finden, wird unter anderem über die Einführung einer Gebühr für Leihräder diskutiert.

➔ www.bit.ly/2KBjNFV



Deutsches Institut
für Urbanistik

Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
difu@difu.de
www.difu.de

